

**Sonderthema:**  
**Der Erste Weltkrieg**  
 Das Jubiläumsjahr 2014 SEITE 1-14

**ERINNERN IN FRANKREICH**  
 Was der Präsident der Nationalversammlung zum Krieg und den Lehren daraus sagt SEITE 2

**ERINNERN IN DEUTSCHLAND**  
 Warum sich die Politik hierzulande mit dem Gedenken an 1914 so schwertut SEITE 13

# Das Parlament

**KOPF DER WOCHE**

## Am Anfang der Demokratie

**Matthias Erzberger** Kaum ein Name ist mehr mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und Übergang des deutschen Kaiserreichs 1918 in eine demokratische Republik verbunden als der von Matthias Erzberger. Trät der 1875 geborene Zentrums-Abgeordnete aus Württemberg anfangs für einen „Siegfrieden“ ein, trug er im Juli 1917 entscheidend zur Friedensresolution des Reichstags bei. Als Staatssekretär von Kanzler Prinz Max von Baden unterzeichnete Erzberger auf Ersuchen der Obersten Heeresleitung am 11. November 1918 den Waffenstillstand. Danach trat er für die Unterzeichnung des Versailler Vertrags ein und wurde damit für die nationale Rechte zum Inbegriff des „Novemberverbrechers“. Als Finanzminister (Juni 1919 bis März 1920) setzte Erzberger eine Finanzreform durch, trat aber nach Korruptionsvorwürfen zurück. Im August 1923 fiel er einem Anschlag ehemaliger Offiziere zum Opfer. *kru*

**ZAHLE DER WOCHE**

**15**

**Millionen** Menschenleben, darunter neun Millionen Soldaten und sechs Millionen Zivilisten, waren nach Angaben des Deutschen Historischen Museums Opfer des Ersten Weltkriegs. Annähernd 70 Millionen Menschen standen in Europa, dem Nahen Osten, in Afrika, Ostasien und zur See unter Waffen.

**ZITAT DER WOCHE**

**»Wer an Europa zweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.«**

**Jean-Claude Juncker**, ehemaliger luxemburgischer Ministerpräsident, in seiner Gedenkrede im Deutschen Bundestag zum Volkstrauertag am 16. November 2008

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA**  
**Erster Weltkrieg** Wie begann der Konflikt und wie ging er aus **Seite 4 und 5**
- Reichstag** Das deutsche Parlament und der Weg in den Krieg **Seite 6**
- Interview** Der Militärgeschichtler Professor Michael Epkenhans im Gespräch **Seite 9**
- Ausland** Wie andere Länder auf das Dezenium-Jubiläum eingehen **Seite 12**
- KEHRSEITE**  
**Schule** Berliner Gymnasiasten sprechen über den Ersten Weltkrieg **Seite 14**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
 60268 Frankfurt am Main



# Krieg und Frieden

**ESSAY** Nicht an den Nationen ist Europa 1914 gescheitert, sondern an autoritären Mächten, die sie beherrschten

**D**as kommende Jahr ist ein Jahr jener Gedenktage, die innerhalb weniger Wochen das gesamte 20. Jahrhundert neu deuten, aber auch Europas heutige Lage etwas besser erfassen helfen können. Anfang August, wenn sich der Ausbruch des Großen Krieges zum 100. Mal jährt, werden in vielen Ländern Staats- und Hauptaktionen abgehalten werden. Und einen Monat später wird man wohl, zumindest an der Weichsel, des 75. Jahrestags des deutsch-sowjetischen Überfalls auf Polen, also des Beginns des Zweiten Weltkrieges, gedenken. Diese beiden Termine werden allerdings von einer ganzen Serie viel erfreulicherer Gedenktage an jene ostmitteleuropäische Revolution vor 25 Jahren begleitet, mit der die Sowjetunion zu Fall gebracht und die Spaltung Europas überwunden wurde. Den Auftakt bildeten im Frühjahr 1989 der polnische Runde Tisch und anschließend der überwältigende Wahlsieg der Solidarnosc, danach öffneten die Ungarn ihre Grenzen, was zur Flucht von tausenden DDR-Deutschen nach Westen im Sommer und schließlich zur Öffnung der Berliner Mauer im Herbst jenes annus mirabilis führte.

**»Das kurze Jahrhundert«** Die 75 Jahre zwischen der „Urkatastrophe“ von 1914 und dem „Wunderjahr“ 1989 nannte Eric Hobsbawm das „kurze Jahrhundert“, im Unterschied zum „langen“ 1789 bis 1914. In diesem 20. Jahrhundert beging Europa militärischen, politischen und vor allem moralischen Selbstmord und ging durch das Purgatorium des Kalten Krieges, um schließlich wie Phönix aus der Asche wiederaufzuerstehen. Die europäische Idee – der historische Zusammenschluss der europäischen Staaten und Nationen zu einer Entität – mag immer wieder Rückschläge erleiden. So bringt die Schuldenkrise in der Euro-Zone wieder nationale Egoismen zum Vorschein. Doch die Europäische Union als Entwurf und Realität besitzt eine enorme Ausstrahlungskraft auf die fragilen Anrainerstaaten im Osten und die geplagten Menschen im Süden. Man hat es in den vergangenen Monaten während der Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan und an den Stränden von Lampedusa gesehen. Jede Epoche sucht nach einem eigenen Zugang zur Vergangenheit. Sie erforscht die Ursachen der historischen Abläufe neu und glaubt, daraus Schlüsse und Lehren für ihre eigene Gegenwart ziehen zu können. So neigen Historiker, Ideologen und Politiker immer wieder dazu, die Gründe und Konsequenzen dramatischer Umwälzungen auf griffige Formeln zu bringen: als Mahnung oder Ansporn für die Zukunft. Der Große Krieg von 1914 ist zwangsläufig im aggressiven Imperialismus des 19. Jahrhunderts vorprogrammiert, behaupteten Marxisten bereits an dessen Ende. Nein, Nationalismus und Sozialdarwinismus waren es, entgegen die Sozialisten. Noch in seiner letzten Rede vor dem Europaparlament sagte François Mitterrand: „Le nationalisme, c'est la guerre“ – „der Nationalismus ist der Krieg“.

Weder noch, kontern heute namhafte Historiker, von wegen Schuldfrage. Der Krieg war ja nur ein schrecklicher Ausrutscher der Zeitgeschichte, die fatale Folge einer Panne in der Krisenmanagement, und gerade das ist die Lehre für heute, urteilt Christopher Clark. „Die Zeit der großen Debatten über die Ursachen des Ersten Weltkriegs ist vorbei“, meint Oliver Janz. Man müsse den Ersten Weltkrieg „als ein für sich allein stehendes, komplexes Ereignis behandeln“, fügt Herfried Münkler hinzu. Mit dem Zerfall der großen Ideologien 1989 erodieren heute auch monokausale Deutungen der Geschichte und das hegemonische Vertrauen in ihre „Gesetzäßigkeiten“. Historie entspringt einem so kom-



Großmacht-Hybris: Propagandawerke wie diese deutsche Feldpostkarte hatten mit der Realität des Stellungskrieges wenig zu tun.

plizierten Geflecht widersprüchlicher Kräfte, Entscheidungen und Zufällen, das sie immer auch hätte anders verlaufen können. Nie zuvor haben sich sowohl die Trivilliteratur als auch die seriöse Geschichtsschreibung so oft mit den alternativen Varianten der „ungeschehenen Geschichte“ beschäftigt. Was wäre gewesen, wenn der Erzherzog nach dem ersten Attentatsversuch Sarajewo verlassen hätte? Wenn die Briten sich im August 1914 nicht zur Allianz mit Frankreich und die Deutschen sich 1917 nicht zum U-Bootkrieg entschieden hätten? Wenn der Zar nicht abgedankt hätte? Wenn Stresemann – wie Brandt 1970 – in Locarno auch die polnische Grenze anerkannt hätte? Wäre es besser gewesen, wenn 1939 Polen auf Hitlers Angebot eingegangen wäre? Oder wenn die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze bereits bei ihrer Gründung anerkannt hätte?

Diese Fragen werden ernst gestellt, auch wenn sie nicht immer ernst beantwortet werden. Sie sind ein Beleg für die Verunsicherung im Umgang nicht allein mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Gegenwart. Wenn die Geschichte anders hätte verlaufen können, dann stimmt es nicht, dass wir in einer Welt ohne Alternativen leben. Alle monokausalen Deutungsmuster haben ausgespielt. Weswegen dann manche dazu auffordern, etwas anderes auszuprobieren: die EU runterzufahren, den Euro aufzulösen, die nationalen Belange in den Vordergrund zu stellen. Die alten Dogmen gelten ja nicht mehr uneingeschränkt... Dennoch ist es unangebracht, die alten Deutungsmuster achselzuckend zu verwerfen. Sowohl Imperialismus als auch Nationalismus und Sozialdarwinismus trugen 1914 zur Kriegsbegeisterung bei, die allerdings bei weitem nicht so durchgängig war, wie die Bilder schöner Frauen, die den aufmarschierenden Soldaten Blumen schenken, es glauben machen wollen.

**Blutige Spur** Es ist eine Binsenwahrheit, dass der nationale Egoismus zu jenen Kräften gehörte, die dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zugrunde lagen, und dass der Nationalismus – ein Religionsersatz seit der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen – seine blutige Spur durch das gesamte 19. Jahrhundert zog, die schließlich in die großen Schlachthäuser der beiden Weltkriege

führte. Gedacht als kurzer „Waffengang“, der im Sommer 1914 die Figuren auf dem europäischen Schachbrett günstiger positionieren sollte, wucherte er zu einem weltweiten Tornado, der ganze Völkernationen gegen vermeintliche „Erbfeinde“ mobilisierte und mit gigantischen Materialschlachten, massenhaften Opferzahlen, unerbittlicher Propaganda und aberwitzigen strategischen Plänen und Friedensvorstellungen geführt wurde. Vor dem Versailler „Diktat“ von 1919 war ja der „Frieden“ von Brest-Litowsk 1918 mit Russland geschlossen worden, in dem sich die deutsche Heeresleitung Ostmitteleuropa nach eigenem Gutdünken zuschnitt.

**»Urkatastrophe«** Doch nicht der Nationalismus allein überzog Europa im 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen und anschließend zwei totalitären Ideologien, die in blankem Völkermord mündeten. Der Sommer 1914 war kein Naturereignis, kein Asteroideneinschlag, der eine heile Welt der „belle epoque“ zerschlug. Die „Urkatastrophe“ war ja die Folge des 19. Jahrhunderts, des auf dem Wiener Kongress fatal arrangierten Konzerts der Mächte mit seiner Verachtung für die Demokratie und die nationale Emanzipation der Völker, mit seiner ungelösten deutschen, italienischen, polnischen oder Balkanfrage, die nach der Zerschlagung des demokratischen „Völkerfrühlings“ 1848 durch die Truppen reaktionärer Herrscherhäuser später zu Aufständen und Vereinigungskriegen führten. Nicht an den europäischen Nationen ist das Europa des 19. Jahrhunderts gescheitert, sondern an den autoritären Mächten, die sie beherrschten, darunter solche Vielvölkerstaaten wie Österreich-Ungarn, das russische Imperium, auch Großbritannien – man denke nur an Irland – und nicht zuletzt das Deutsche Reich, wenn man die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert nicht vergisst. Ihre Herrscher waren europaweit eng miteinander verwandt, dachten aber machtpolitisch. Und so weiterfahren die politischen Eliten auch waren, handelten sie doch staatsgeostisch. Eine europäische Gesinnung war ihnen fremd. Die Idee einer europäischen Vereinigung, einer Art Vereinigten Staaten von Europa, stammte im 19. Jahrhundert nicht von ihnen, sondern von solchen Intellektuellen wie Victor Hugo oder den Sprechern der demokratischen Bewegungen auf Schloss Hambach, die sich mit den Unterdrückten

in anderer Herren Länder solidarisierten oder wie manche polnische Dichter im Pariser Exil sich nach einer res publica europea sehnten.

**»Dreißigjähriger Krieg«** Erst nach dem Scheitern der Revolution von 1848 kamen die Stoßgebete nach einer Befreiung von der Bevormundung durch einen „allgemeinen Krieg der Völker“ (Adam Mickiewicz) oder Entwürfe für eine freiheitliche „Weltrevolution“ (Karl Marx). Nicht allein der Nationalismus und die wieder einmal falsch konzipierten „Friedensdiktate“ waren es also, die Europa im 20. Jahrhundert den zweiten „Dreißigjährigen Krieg“ bescherten, sondern der fehlende europäische Bürgersinn der französischen Revolution, die durch die jakobinische Schreckensherrschaft und Napoleon ihre eigene Idee niedertampelte. Für die Gründungsväter der Europäischen Wirtschafts-

gemeinschaft spielte das Trauma der beiden Weltkriege eine fundamentale Rolle und die deutsch-französische Versöhnung war der Tragebalken der neuen europäischen Ordnung. Für die Ostmitteleuropäer, die nach 1989 dazu stießen, kam der Stolz hinzu, dass sie mit ihrer „samtenen Revolution“ nicht nur den Kommunismus niedergelassen, sondern – weil ohne Guillotine und Bonapartismus – sowohl das französische Jahr 1789 als auch das russische 1917 korrigiert hatten. Die Marschroute gab ihnen dabei allerdings die glaubwürdige Perspektive einer Mitgliedschaft im vereinten Europa vor. Wer sie hatte, geriet nicht aus der Bahn. Wer sie nicht bekam, wie Jugoslawien, das Land der Attentäter von Sarajewo 1914, versank im Bürgerkrieg. Insofern gehören die Jahrestage 1914-1939-1989 eng zusammen. *Adam Krzeminski*

Der Autor ist Redakteur des polnischen Nachrichtenmagazins „Polityka“ und gilt in seiner Heimat als einer der besten Kenner Deutschlands. Für seine Verdienste um die Verständigung wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

## EDITORIAL Die Narben Europas

VON JÖRG BIALLAS

Auch 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges lässt sich über die Verantwortung für die Katastrophe noch trefflich debattieren. Hat sich Europa nach einer Verkettung unglücklicher, zumindest aber unkluger politischer Entscheidungen mehr oder minder zufällig in den Krieg hineinmanövriert? Trägt hauptsächlich das wilhelminische Kaiserreich die Verantwortung, weil es seine Vormachtstellung in der Welt um jeden Preis ausbauen wollte? War der Krieg Ausbund des nach 1870/71 nachhaltig gestörten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich? Hat das deutsche Militär einen bewaffneten Konflikt provoziert, um die eigene Position innerhalb einer sich verändernden Gesellschaft zu stärken? Die historische Interpretation der Ereignisse hält auch heute noch viele unterschiedliche Antworten auf diese Fragen parat. Abermals wird deutlich: Geschichtsbilder lassen sich nicht immer in Schwarz-Weiß zeichnen. Mitunter sind Grautöne nötig, um der Realität gerecht zu werden (siehe Interview Seite 9). Bei all dem dürfte eines unstrittig sein: Der Erste Weltkrieg hat bewaffneten Konflikten eine neue Dimension der Grausamkeit gegeben. Technische Entwicklungen, vom Maschinengewehr bis zum Flugzeug, und der mörderische Einsatz von Giftgas waren ein bis dahin nicht vorstellbares Instrumentarium des Tötens (Hintergrund Seite 3). Die unfassbar hohe Zahl militärischer und ziviler Opfer hat bei den Völkern Europas tiefe Narben hinterlassen. Narben, die den verheerenden Fortgang der Geschichte in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nachhaltig beeinflussen sollten. Ein Blick in die Runde der Nachbarstaaten zeigt, dass das Gedenken an den Ersten Weltkrieg hierzulande vergleichsweise überschaubar ausgeprägt ist (Seite 2, 12 und 13). Entstände der Eindruck, die Erinnerungskultur in Deutschland sei zuvorderst auf den Nationalsozialismus gerichtet, wäre das angesichts des Schreckens der NS-Zeit gleichermaßen nachvollziehbar wie historisch eindimensional. Denn nicht nur aus Achtung vor den Opfern ist es geboten, das erste so furchtbare Aufeinanderprallen der Nationen im 20. Jahrhundert ebenfalls zu vergegenwärtigen. Nur wer die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges versteht, wird die Folgezeit richtig einordnen und politisches Geschick von Ungeschick unterscheiden lernen.



GASTKOMMENTARE

HABEN WIR DEN ERSTEN WELTKRIEG VERGESSEN?

Verkanntes Datum

PRO



Thomas Emons, freier Journalist, Mülheim an der Ruhr

Der 11. November. Bei diesem Datum denken viele Deutsche an den Beginn des Karnevals oder an Sankt Martin. Aber nicht an den Tag des Waffenstillstandes, der 1918 den Ersten Weltkrieg beendete. Einen Krieg, in dem neun Millionen Soldaten ihr Leben verloren, davon 1,8 Millionen Deutsche. Der Tag ist bei uns – anders als in Großbritannien oder Frankreich – weitgehend aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden. Denn während der 11. November 1918 in Frankreich und Großbritannien als Tag des Sieges gefeiert werden kann, muss man sich in Deutschland an eine verheerende und folgenschwere Niederlage erinnern. Und wer tut das schon gerne. Der Gefallen des Ersten Weltkrieges wird heute, wenn überhaupt, nur noch am Volkstrauertag gedacht und dann auch nur am Rande. Unsere Erinnerungskultur wird heute immer noch von der Katastrophe der Nazizeit, des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts beherrscht. Das hat gute Gründe. Denn mit dem Gedenken an diese dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte haben wir als Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten ein menschliches und moralisches Trauma aufzuarbeiten. Dennoch täten wir gerade vor diesem Hintergrund gut daran, den Ersten Weltkrieg und mit seinem Ende den Beginn der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden in unser historisches Bewusstsein aufzunehmen. Hitler und der Zweite Weltkrieg sind nicht ohne die Folgen des Ersten Weltkrieges zu verstehen. Und nur wer sich mit dem Krieg von 1914 bis 1918 und seinen Folgen auseinandersetzt, versteht, wie lebensnotwendig aktive Demokraten für eine Demokratie sind – und für die europäische Integration. Wer die Geschichte des Ersten Weltkrieges kennt, weiß auch, was es heißt, in einem Europa des Friedens zu leben.

Anderer Schicksalstag

CONTRA



Sönke Petersen, Publizist, Berlin

Nein, vergessen ist der Erste Weltkrieg nicht. Nur begehen oder feiern wir kein bestimmtes, mit ihm verbundenes Datum. Warum auch? Schließlich gibt es nichts zu feiern. Dieser sinnlose Krieg war kein Paradestück deutscher oder europäischer Geschichte. Mögen die Franzosen den Sieg mit Pomp und Gloria begehen – für uns Deutsche besteht dafür kein Anlass. Kaiser Wilhelm II., Hindenburg, Ludendorff, die Protagonisten dieses Krieges, waren mediokere Erscheinungen und politische Versager, die sogar ihr Scheitern anderen in die Schuhe schoben. Warum also ihrer gedenken? Zumal für eine Generation, die kaum noch weiß, wer Konrad Adenauer, geschweige denn Philipp Scheidemann war? Anders sieht es mit den Millionen an Opfern aus, die für diesen Krieg ihr oftmals junges Leben lassen mussten. Aber sind sie ungebührlich vergessen? „Unsere Helden 1914 – 1918“ steht noch heute auf vielen Denkmälern in unseren Dörfern und Städten. Geschichte kann man nicht ablegen wie einen alten Hut. Aber man muss sie richtig einordnen. Deshalb ist es so ermutigend, dass das umfangreiche Werk des Historikers Christopher Clark über den Ersten Weltkrieg, in dem er das Bild einer komplexen Welt zeichnet, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen und Expansionsgelüste zu einem unvergleichbaren Massenmorden führte, gerade in Deutschland eine große Leserschaft findet. Nach Vergessen sieht dies nicht aus. Übrigens haben wir einen Gedenktag, der das Ende dieses Krieges und einer morschen Monarchie ebenso markiert wie die sich anschließenden republikanischen Hoffnungen, den fürchterlichen Abstieg in Nazi-Diktatur und Judenverfolgung und zugleich an Deutschlands späte Einheit erinnert: Der 9. November. Er ist unser Schicksalstag.

Mehr zum Thema auf den Seiten Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Präsident Bartolone, was bedeutet der Erste Weltkrieg für Sie und wie wurde Ihnen davon erzählt?

Meine italienisch-maltesischen Eltern waren von den Schützengräben des Nordens nicht betroffen. Ich habe aber wie alle Franzosen in der Schule – der Wertvermittlerin der Republik – von den Berichten und dem Leid erfahren.

Der Historiker Fritz Stern hat gesagt, der Erste Weltkrieg sei die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen, aus der sich alle folgenden ergeben hätten. Erinnern sich Deutsche und Franzosen anders und wenn ja warum?

Fritz Stern denkt zu Recht an die dramatischen Folgen des Friedensvertrags von 1918, der, da er Deutschland wirtschaftlich demütigte und Gebietsabtretungen auferlegte, ein nationalistisches Bedürfnis nach Revanche weckte, das die Nazis dann ausnutzten. Andere Historiker haben die Ursachen der Katastrophen des 20. Jahrhunderts allerdings noch weiter in der Vergangenheit verortet. Ich denke beispielsweise an die Arbeiten des Italieners Domenico Losurdo über die Geschichte der Sklaverei oder die Ihrer berühmten Frankfurter Schule zur Geschichte des Liberalismus. Ich denke, die Katastrophe des Ersten Weltkrieges bedeutete ein Scheitern der westlichen Moderne, die lange Zeit nicht erfahren hatte, dass das Konzert der Nationen ein allgemeingültiges nationales und internationales Regelwerk benötigte. Deutsche und Franzosen erinnern sich auf sehr unterschiedliche Weise an den Ersten Weltkrieg. Meine deutschen Freunde wundern sich häufig über den Stellenwert der verschiedenen Gedenktage in Frankreich, vor allem des jetzt bevorstehenden 100. Jahrestages. In Deutschland nimmt die Pflicht des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg großen Raum ein, das ist verständlich. Anders als Deutschland wurde Frankreich 1914 überfallen. Der Krieg forderte nicht nur Opfer unter den Streitkräften: Frauen, Kinder und alte Menschen sind durch die Bombardierungen zu Tode gekommen.

Wie bewerten Sie die These des Historikers Christopher Clark, wonach es keinen eindeutigen Schuldigen des Ersten Weltkrieges gab, sondern die Juli-Krise 1914 von den Staatsmännern falsch eingeschätzt wurde und ihnen entglitt?

Christopher Clark hat historisch betrachtet sicherlich Recht. Die europäischen Staatschefs erfassten die Folgen der Mobilisierungen und Erklärungen im Sommer 1914 offensichtlich nicht: Für sie sollte der Krieg kurz und entscheidend sein. Als Politiker neige ich allerdings dazu, Spitzenpolitiker nicht nur in der Politik, sondern auch in Bezug auf die Geschichte in die Pflicht zu nehmen. Die Politik von heute ist die Geschichte von morgen. Schlechte Politik kann rasch zu einer Katastrophe führen.

Präsident François Hollande wurde bei den diesjährigen Feiern zum Waffenstillstand am 11. November ausgebaut. Was bedeutet das für Sie?

Derartige Vorkommnisse sind inakzeptabel. In einer Demokratie kann man, wenn man mit den herrschenden Machtverhältnissen unzufrieden ist, wählen gehen, man kann demonstrieren oder sich politisch engagieren und seine Ideen vertreten. Wer aber den Staatspräsidenten bei den Gedenktagen zum 11. November auspeift, der pfeift Frankreich, seine Toten, seine Identität und sein Erbe aus. Aber die extreme Rechte hat der Republik nie besonderen Respekt entgegengebracht.

Was ist für Sie in der Erinnerungskultur besonders wichtig?

Das Erinnern ist natürlich eine Frage der Werte und der Erinnerungsorte: In Frankreich hat jedes Dorf ein Denkmal für die Gefallenen, das jedes Jahr mit Blumen ge-

»Unsere besten Trümpfe«

CLAUDE BARTOLONE Der Präsident des französischen Parlaments mahnt, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Europa müsse jetzt handeln



schmückt wird. Aber das reicht nicht aus: Erinnern ist auch eine Frage der geschichtlichen Bildung. Wir haben das Glück, zu den Ländern mit reichen und angesehenen historiographischen Traditionen zu gehören. Uns muss gelingen, diesen Reichtum zu vermitteln und zu lehren. Denn aus Unwissenheit kann Feindseligkeit gegenüber Aufklärung erwachsen und daraus entstehen Gewalt, Intoleranz und Kopflösigkeit.

Erstarren nationalistischer, europafeindlicher Parteien erwartet. Wie sollte die Politik darauf reagieren?

Wir müssen die europäische Debatte politisieren. Ich habe gerade ein kleines Werk zu dieser Frage veröffentlicht, das den Titel „L'urgence européenne“ (Europa: es eilt) trägt. Darin beschreibe ich auf den ersten Seiten das Szenario, das wir erleben könnten, wenn wir nicht ernst nehmen, dass eine wachsende Zahl von Europäern dem europäischen Einigungswerk misstrauisch gegenüber steht: Massenthaltungen bei den

Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament 2014 wird ein

Europawahlen im Mai 2014 kombiniert mit einer Zunahme der Stimmen für die Populisten. Wenn die Populisten im kommenden Jahr mit einem Drittel der Mandate ins Parlament einzögen, wären die Institutionen dauerhaft blockiert und wir stünden gegenüber dem europäischen Projekt vor einer echten Vertrauenskrise.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung führt in Deutschland und Frankreich zu Missständen. Wie kann man sicher gehen, dass aus der Konfrontation, die Sie kürzlich in einem Interview als etwas durchaus positives erwähnt haben, kein echter Konflikt wird?

Vor den besten Kompromissen steht immer der Wettstreit der Ideen. Wir sollten keine Angst haben, unsere Meinungsverschiedenheiten offenzulegen: Europas Problem ist mehr, als kalt und unpolitisch wahrgenommen zu werden und weniger, dass es eine Vielzahl politischer Angebote macht. Was zwischen Frankreich und Deutschland verhandelbar ist, ist es in extenso für die Europäische Union als Ganzes. Die deutsch-französische Dynamik ist daher der Motor Europas.

In den Zeiten der Euro-Krise hat man das Gefühl, dass jedes Land, wie auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nur noch an seinen eigenen Vorteil denkt. Halten Sie das für gefährlich?

Ja, ich befürchte eine Schwächung der europäischen Institutionen, die dazu führt, dass wir das allgemeine europäische Interesse aus den Augen verlieren. Unsere Situation lässt sich allerdings nicht mit der zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichen. Die wechselseitige Abhängigkeit unserer Staaten ist stärker geworden. Die Gefahr kommt weniger aus Europa selbst, als von außen. Ich bin beispielsweise davon überzeugt, dass der Zusammenbruch von Mali nicht nur in den Sahelstaaten einen Dominoeffekt ausgelöst, sondern auch bis vor unsere Türen gereicht hätte. Wenn Frankreich sich militärisch in diesem Land engagiert, leistet es einen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Sicherheit. Es trägt auch die Verantwortung für die nukleare Abschreckung, die zum Gleichgewicht des Friedens über unseren Kontinent hinaus beiträgt. Aber mein Land hat weder die Berufung noch die Mittel, Weltpolitiker zu werden. Diese Erkenntnis muss wachsen und zu einer gemeinsamen Übernahme der Verantwortung für unsere Sicherheit durch eine echte europäische Verteidigungspolitik führen.

Gibt es eine Lehre, die wir aus dem Jahr 1914 für 2014 ziehen können?

1907 hätte die damalige US-Finanzkrise zu einer verstärkten Globalisierung und zu Fortschritten in Sachen Demokratie führen können. Ihre Folge waren aber Protektionismus und ein Erster Weltkrieg, der Europa ausbluten und Amerika freie Bahn ließ. Die Krise führte zur Abschottung und die Abschottung zum Niedergang. Unsere Generation muss die Vergangenheit im Blick behalten, damit sie nicht dieselben Fehler begeht. Zwischen 1914 und 2014 kam es zur deutsch-französischen Aussöhnung und das europäische Einigungswerk nahm Formen an. Das sind unsere besten Trümpfe. ■

Das Interview führte Annette Sach. Übersetzung: Christina Reinicke

Claude Bartolone, Jahrgang 1951, gehört der Parti Socialiste (PS) an. Er ist seit 2012 Präsident der Assemblée nationale, der französischen Nationalversammlung.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Internationale: Andreas Schockenhoff

Als der Bundestag und die Assemblée nationale vor knapp einem Jahr im Januar 2013 den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages in Berlin feierten, dürfte wohl kaum ein zweiter so viele Bekannte getroffen haben wie er: Andreas Schockenhoff. Der gebürtige Ludwigsbürger ist seit fast 20 Jahren Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe und damit einer der besten Kenner des Nachbarlandes im deutschen Parlament. Durch ungezählte Treffen, Sitzungen und viele persönliche Begegnungen weiß er, welche Themen Deutsche und Franzosen verbinden, aber auch, wo sie aufgrund von Geschichte und Kultur anders „ticken“. Bei den Treffen im Jahr 2014 dürfte sicherlich auch das Thema Erster Weltkrieg eine ganz besondere Rolle spielen. „Der Erste Weltkrieg, la Grande Guerre, hat das historische Bewusstsein der Franzosen stärker geprägt als bei uns“, sagt Schockenhoff, der vor seinem Eintritt in den Bundestag 1990 in Ravensburg als Lehrer für Deutsch und Französisch an einem katholischen Gymnasium tätig war. Schockenhoff sieht im Ersten Weltkrieg den Beginn eines neuen Zeitalters: „Es gab auch früher in der Geschichte furchtbare Schlächten, aber keiner konnte sich dieses Ausmaß von Zerstörung, Gewalt und Opfern vorstellen, das den Krieg in fast jeder Familie unmittelbar erlebbar machte.“ Ihn persönlich hat jedoch noch mehr die Geschichte des Zweiten Weltkrieges geprägt. So hatte sein Vater als deutscher Soldat bei der Besetzung in Frankreich Freundschaft mit einer französischen Familie geschlossen, die den Krieg überdauerte und den jungen Andreas später oft nach Paris führ-

te. „Mein Interesse an internationaler Politik hat sicherlich auch damit zu tun, dass es Freundschaften gibt, die ich als Kind in meiner Familie erlebt habe“, sagt Schockenhoff, der selbst dreifacher Vater ist. Für ihn ist das Wissen über die Geschichte der Nationalstaaten der Schlüssel für das Verstehen der Gegenwart. In den letzten 200 Jahren hätten diese immer wieder versucht, ihre Interessen



© DDF/Armin Meike

»Der Erste Weltkrieg hat das historische Bewusstsein der Franzosen stärker geprägt.«

durchzusetzen, in dem sie andere Staaten „dominieren, bezähmen oder klein halten“ wollten. „Aus diesem Teufelskreis mit der Idee der Integration auszubrechen, ist die große Lehre, die wir Europäer aus unserer Geschichte gezogen haben“, sagt Schockenhoff, der seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik ist. Zu seiner Arbeit gehöre auch, immer wieder „Europa“ zu erklären. Aufgrund seiner Entwicklung gebe es dort „viel institutionellen Wildwuchs, was für die Bürger nicht immer verständlich ist“, sagt er. Sobald man aber konkret

werde und den Menschen anhand von Beispielen zeige, wie etwa durch Europa Arbeitsplätze entstünden, würden sie merken, dass es „keine Alternative gibt“. Denn, sagt Schockenhoff: „Wir machen den Fehler, Europa zu sehr ängstlich zu verteidigen, anstatt die großen Linien anzusprechen und zu zeigen, wie sich die Welt im 21. Jahrhundert entwickelt.“ Neben Frankreich gilt Schockenhoffs besonderes Interesse Russland. Seit 2006 ist er Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Wer den Posten in der Großen Koalition bekommt, ist derzeit aber umstritten. Schockenhoff möchte das Amt gerne behalten. Erst Ende November flog er ins südrussische Krasnodar, um den Prozess gegen Michail Sawwa zu begleiten. Der Wissenschaftler war im April wegen angeblicher Unterschlagung von Fördermitteln verhaftet worden. Die Verhandlung wird nach zehn Minuten vertagt. „Michail Sawwa ist gar nicht ins Gerichtsgebäude gebracht worden“, empört sich Schockenhoff auf seiner Facebook-Seite. Der profilierte Außenpolitiker der Union scheut bei seiner Arbeit keine deutlichen Worte. Das führte im vergangenen Jahr zu Verstimmungen mit Russland: Nachdem Schockenhoff unter anderem den Umgang der russischen Regierung mit Oppositionellen kritisiert hatte, zeigte sich Moskau verstimmt. Dennoch wurde auch auf seine Initiative hin ein fraktionsübergreifender Antrag verabschiedet, in dem die Regierung aufgefordert wurde, im Dialog mit Moskau verstärkt die Themen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte anzusprechen. Annette Sach ■

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)  
Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@  
bundestag.de  
Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)  
Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)  
Fotos  
Stephan Roters  
Redaktionsschluss  
27. Dezember 2013

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhseisenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf  
Anzeigen-/Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de  
Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de  
Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.  
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Überlebenschance betrug Eins zu Drei: Französische Soldaten klettern während der Schlacht von Verdun 1916 zu einem Angriff aus ihren Schützengräben, um ins Niemandsland zwischen den Fronten zu stürmen.

# Grauen im Graben

**ERSTARTE FRONT** Maschinen bestimmten den Kampf. Den Materialschlachten fielen Millionen Soldaten zum Opfer

**H**iram Stevens Maxim war ein bedeutender Erfinder. Der gelernte Instrumentenbauer meldete 271 Patente an, unter anderem auf Verbesserungen der Glühlampe, eine Mausefalle und ein Eisen zum Wellen des Haars. Und 1884 auf ein Gewehr, mit dem man 500 Patronen pro Minute abfeuern konnte. Auch für das rauchlose Schießpulver, das dazu nötig war, hielt er das Patent. Damit wurde der Brite mit amerikanischen Wurzeln, der 1901 von Queen Victoria zum Ritter geschlagen wurde, zu einem der erfolgreichsten Revolutionäre aller Zeiten. Sein Maschinengewehr veränderte den Krieg und die Gesellschaften, die ihn führten, von Grund auf. Als Maxim im November 1916 starb, hatte seine Erfindung dies vor Verdun und an der Somme auf fürchterliche Weise bewiesen.

Wenn Mitte 2014 die Welt der vielbeschwoeren „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ zum 100. Mal gedenkt, werden Hiram Maxim und die Tüfeler, die nach seinem Vorbild ähnliche Waffen entwickelt hatten, kaum in der ersten Reihe stehen. Aber die verheerenden Ergebnisse des Ersten Weltkriegs sind ohne das Maschinengewehr nicht denkbar. Es machte den Krieg zwischen Industrienationen buchstäblich zum Maschinenkrieg.

Mit einem „Industriearbeiter in Uniform“ verglich denn auch der britische Militärgeschichtler John Keegan den MG-Schützen. Allein am 1. Juli 1916, am ersten Tag der Somme-Schlacht, starben 20.000 britische Soldaten in ihrem Feuer. Im Kampf um Verdun vom Februar bis November 1916 wurden mehr als 720.000 Deutsche und Franzosen getötet oder verwundet.

**Alle zehn Meter ein Geschoss** Der Erste Weltkrieg war die erste große Auseinandersetzung, in der die Zahl der Verluste an der Front die in der Etappe überstieg. Fortschritte der Medizin und der Verwundetenfürsorge reduzierten die Zahlen jener Unglücklichen, die ihren Verwundungen erlagen oder an Seuchen oder Hunger starben, deutlich. Zugleich erfuhr die Zerstörungskraft moderner Waffen eine ungeahnte Steigerung. Das galt nicht nur für das Maschinengewehr, sondern auch für die Artillerie, deren industrielle Fertigung neue Reichweiten, Kaliber und Salvenfolgen hervorbrachte.

Ein Artilleriegeschoss, das mit Stahlkugeln gefüllte Schrapnelle abfeuerte, brachte es auf 20 Salven pro Minute, das französische Infanteriegeschütz auf bis zu zwölf Schuss. Vor Verdun hatten die Deutschen 1.200 Kanonen in Stellung gebracht, davon 542

schwere. Alle zehn Meter hämmerte ein Geschütz auf die französischen Linien ein. Das Erstaunliche an dieser Steigerung des Tötungspotenzials war, dass kaum einer der Beteiligten sie begriffen, geschweige denn Schlussfolgerungen daraus gezogen hatte. Mit dem MG, dem Laufgraben, Stahlhelm, Bunker und Stacheldraht war nicht mehr der seit Jahrhunderten als militärisches Ideal beschworene Angriff, sondern die Verteidigung zur erfolgversprechenden Taktik auf dem Schlachtfeld geworden.

Das hatte Folgen: Die Pläne, mit denen die Großmächte 1914 in den Krieg zogen, gingen wie selbstverständlich davon aus, dass sich der Kampf im schnellen Angriff entscheide. So sah das vom preußischen Generalstabschef Alfred von Schlieffen entwickelte operative Konzept im Westen den Angriff acht deutscher Armeen vor, die innerhalb von maximal zwei Monaten die französischen und gegebenenfalls britischen Truppen besiegen sollten, um sich dann gegen

den russischen Aufmarsch im Osten zu wenden. Als die von Schlieffens Nachfolger Helmuth von Moltke modifizierte Offensive im September an der Marne scheiterte, gab es keinen Plan B. Was man sich als bewegliches Hin und Her von Kavallerie-Attacken und Flankenmärschen vorgestellt hatte, erstarrte zu einer festen Linie aus dicht gestaffelten Feldbefestigungen, in denen MG-Stellungen jeglichen Angriff im Keim

ersticken. „Die Schützengräben sind wie eine Festung. Die neuzeitlichste, die man sich denken kann, und doch denkt man sich zurück in die Zeit des Mittelalters. [...] Luchsartig spähen Knappen und Knechte durch die Schießscharten nach dem Feind, der gegenüber liegt und von dem man weiß, er liegt ebenso auf der Lauer“, notierte ein deutscher Soldat 1915 in sein Tagebuch.

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Erster Weltkrieg**

Von Kriegen hört man fast jeden Tag in den Nachrichten. In Deutschland gibt es zum Glück schon seit langer Zeit keinen Krieg mehr. Das war im letzten Jahrhundert noch anders. Damals hatte Deutschland zusammen mit einigen Verbündeten zweimal jahrelang gegen fast den ganzen Rest der Welt Krieg geführt. Deshalb spricht man vom Ersten und vom Zweiten Weltkrieg. Im nächsten Sommer ist es 100 Jahre her, dass der Erste Weltkrieg begonnen hat. In diesen beiden Kriegen sind mehr Menschen ums Leben gekommen als in jedem anderen Krieg, nämlich insgesamt mehr als 60 Millionen. Zum Vergleich: Heute leben in ganz Deutschland gut 80 Millionen Menschen.

Neuzeitlichen Schrecken verbreitete auch Giftgas, das zuerst deutsche Truppen am 22. April 1915 bei Ypern zum Einsatz brachten. In der Folgezeit griffen die Mittelmächte wie die gegnerische Entente auf immer wirksamere chemische Waffen zurück; Schätzungen gehen von 90.000 Giftgas-Opfern auf allen Seiten aus. Kriegsende war das Giftgas nicht, doch war es Symbol für den Schrecken eines industriell geführten

Krieges, dem Menschen wie Insekten zum Opfer fielen.

Dennoch bildeten bis zuletzt aristokratische Ideale vom Krieg das wichtigste Reservoir des Ansporns, Soldaten ins gegnerische Feuer zu treiben. Ehre, Ruhm, Vaterlandsliebe und Nation waren Botschaften, die Millionen dazu brachten, den fragwürdigen Schutz der Laufgräben zu verlassen und in das von Granaten und MG-Patronen beherrschte Niemandsland zwischen den Fronten zu stürmen. Hier gab es keine Fluchtwege mehr, nur noch die Allgegenwart des Todes. Man hat errechnet, dass bei den Angriffen durch das Niemandsland die Überlebenschance Eins zu Drei betrug. Feudale Ehrbegriffe prägten auch die Schlachtpläne, die die Oberbefehlshaber fern von der Front ausheckten, wobei mangels leistungsfähiger Kommunikationsmittel die Verbindung zu den Schützengräben nur marginal vorhanden waren. Als die deutsche Oberste Heeresleitung am 21. Februar 1916 den Angriff auf die französische Sperrfestung Verdun befahl, leitete sie nicht zuletzt der Gedanke, die Franzosen würden einer Offensive 250 Kilometer von Paris entfernt schon aus Gründen der nationalen Ehre mit aller Macht entgegenreten. Sie würden sich „weißbluten“, hoffte der deutsche General Erich von Falkenhayn.

**»Blutpumpe«** Wie erwartet, nahmen die Franzosen die Herausforderung an und warfen Division um Division in die „Blutpumpe“ von Verdun. Da sie aber auch schwere Geschütze auf dem rechten Ufer der Maas in Stellung bringen konnten, entspannte sich ein Abnutzungskampf, der keiner Seite einen Durchbruch ermöglichte, dafür aber Menschenleben zu Hunderttausenden vernichtete. Obwohl spätestens im Juni klar war, dass die Schlacht nicht zu gewinnen war, schickte Falkenhayn weiterhin neue Truppen in den Tod. Wie kurz darauf an der Somme ging es um Prestige, das die Unfähigkeit kaschieren sollte, eine Antwort auf die MG-Revolution zu finden.

„Der Krieg hat mit seinem Masseneinsatz maschineller Vernichtungswerkzeuge eben nun eine Form gewonnen, der die menschlichen Nerven der Truppe einfach nicht mehr gewachsen sind. Ein fürchterlicher Zustand“, schrieb ein deutscher General. Und Ernst Jünger notierte in sein Tagebuch: „Das Landschaftsbild ist dem, der es gesehen hat, unvergesslich. Diese Gegend hatte doch vor kurzem noch Wiesen und Wälder und Kornfelder. Nichts mehr zu sehen, aber auch gar nichts. Buchstäblich kein Grashalm, nicht ein zwiniges Halmchen. Jeder Millimeter des Bodens umgepflügt und wieder umgewendet, die Bäume ausgerissen, zerfetzt und zu Mulm zermahlen. Die Häuser niedergeschossen, die Steine zu Pulver zerstaubt. Die Schienen der Eisenbahn zu Spiralen gedreht, Berge abgetragen, kurz alles zur Wüste gemacht.“

Manchmal waren es nur einige Dutzend Meter, die die vordersten Schützengräben voneinander trennten, dazwischen Stacheldrahtverhaue und Granatrichter. Darin und in den Gräben staute sich das Wasser, in dem die Soldaten ausharren mussten. Die Enge teilten sie sich mit Kameraden, Ratten und Toten. Artillerieüberfälle kündigten neue Offensiven an, die wie ein bizarres Duell funktionierten. Während die Angreifer hinter der Feuerwalze aus den Gräben kletterten, stürmten die Verteidiger zu ihren MG-Stellungen. Meist blieben sie Sieger. Vor Verdun gelang es den Deutschen selbst mit schwerem Mörserbeschuss nicht, die Kasematten von Fort Donaumont zu durchschlagen.

**Durchbrüche im Osten** Während der Erste Weltkrieg im Westen bis auf die ersten und letzten Monate im Grunde eine einzige gegenseitige Belagerung war, zeigte er im Osten ein ganz anderes Bild. Hier gelangen immer wieder schnelle Durchbrüche und weiträumige Offensiven. Vor allem die Deutschen konnten Erfolge erzielen, die bald die Schwierigkeiten – Entfernungen, Straßenzustand, Versorgung – vergessen ließen. Nicht umsonst sollten die Oberbefehlshaber im Osten, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, nach dem Scheitern vor Verdun als Oberste Heeresleitung doch noch im Westen den Sieg erzwingen. Die Rechnung ging bekanntlich nicht auf. So zogen Sieger und Verlierer am Ende

gänzlich andere Schlüsse aus dem Grauen des Grabenkrieges. Die Franzosen nahmen ihr Standhalten in Verdun als Beweis dafür, dass Festungen auch in Zukunft jedem Angriff aus dem Osten widerstehen würden. Mit der Maginot-Linie errichteten sie daher die größte Festung der Welt. Die Deutschen suchten dagegen nach Möglichkeiten, den Krieg wieder in die Bewegung zu bringen. Dazu verbanden sie die Möglichkeiten des Verbrennungsmotors in Flugzeugen und Panzern mit der Stoßtrupp-Taktik, mit der sie im Grabenkrieg lokale Erfolge errungen hatten. Ernst Jünger oder Erwin Rommel hatten sich als Stoßtrupp-Führer den Orden Pour le Mérite verdient. Letzterer sollte einen Krieg später ganze Divisionen in diesem Sinne einsetzen.

Es ist erstaunlich, dass die Erinnerung an das Grauen des Krieges, die Allgegenwart von Millionen Kriegsversehrter und die Erkenntnis, dass drei Imperien zerstört, Staaten revolutioniert und Gesellschaften ruiniert und umgestülpt worden waren, nicht ausreichte, den nächsten Krieg zu verhindern. Vielmehr führt die Spur von 1918 direkt zu 1939. Eine Antwort darauf mag der Wunsch vieler Überlebenden gewesen sein, in der monströsen Apokalypse doch noch so etwas wie einen Sinn zu finden, und sei es der, den Krieg doch nicht verloren zu haben.

Berthold Seewald

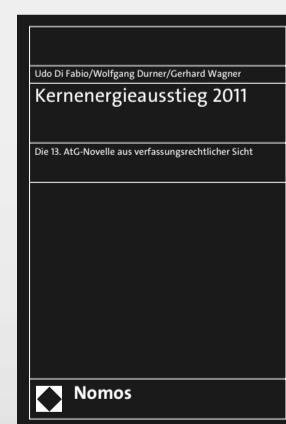
Der Autor ist leitender Redakteur der „Welt“-Gruppe für Kulturgeschichte.



„Alles zur Wüste gemacht“: Von Artillerie zerfetztes Schlachtfeld an der Somme 1916

Anzeige

## Atomausstieg und Energiewende



### Kernenergieausstieg 2011

Die 13. AtG-Novelle aus verfassungsrechtlicher Sicht  
Von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, RiBVerfG a.D., Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, LL.M. und Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M.  
2013, 275 S., brosch., 69,- €  
ISBN 978-3-8487-0845-1

Der Atomausstieg von 2011 erweist sich nicht nur wirtschaftlich als schwierig. Er ist auch eine Herausforderung für die Rechtsordnung. Die Autoren untersuchen die Vereinbarkeit der 13. AtG-Novelle mit Art. 14 GG und Art. 3 Abs. 1 GG sowie die verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Entschädigungsregelung.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter  
www.nomos-shop.de/21682



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Machtpolitische Rivalitäten und intensives Wettrüsten belasteten schon Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges die internationalen Beziehungen. Nach dem Attentat von Sarajewo (1914) versagten alle Bemühungen um eine Konfliktlösung aufgrund des unversöhnlichen Machtstrebens der europäischen Großmächte. Dieser Krieg war in mehrfacher Hinsicht eine weltpolitische Zäsur, denn er herrschte nicht nur auf den Schlachtfeldern Europas, in den Kolonien, im Nahen Osten und auf

hoher See, sondern erstmals auch an der „Heimatfront“. Nach anfänglicher Kriegseuphorie litten viele Deutsche schon bald unter Hunger und waren vom Massentöten an der Westfront schockiert. Dort verharrte der Krieg in gigantischen Materialschlachten und zermürbenden Stellungskämpfen. Der Erste Weltkrieg endete im November 1918 mit der militärischen Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten. Weltweit starben neun Millionen Soldaten und sechs Millionen Zivilisten.

Am Ende des Ersten Weltkrieges hatten sich die staatlichen Verhältnisse in Europa und im Nahen Osten erheblich verändert. Die Monarchien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland waren beseitigt, das Osmanische Reich brach auseinander. Neue Nationalstaaten entstanden: 1917 Finnland; 1918 folgten Estland, Lettland, Litauen, die Tschechoslowakei, Polen und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien); 1922 die UdSSR und Irland, 1923 die Türkei.

Nationalitätenprobleme und kriegerische Konflikte herrschten in Europa und im Nahen Osten noch lange vor. Die Leiden des Krieges entluden sich in vielen Staaten Europas in revolutionären Erschütterungen. Auch im Deutschen Reich verstärkten Hunger und Entbehrung zusammen mit der Enttäuschung über die militärische Niederlage demokratische und sozialistische Bestrebungen. Am 9. November 1918 erfolgte die Ausrufung der Republik. Kaiser Wilhelm II. musste seinem Thron entsagen.

## 1914

**28.6.** Der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Frau werden in Sarajewo von einem bosnisch-serbischen Studenten erschossen.  
**28.7.** Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg.  
**1.8.** Das Deutsche Reich erklärt Russland den Krieg.  
**3.8.** Deutschland erklärt Frankreich den Krieg.  
**4.8.** England erklärt Deutschland den Krieg.

**4.8.** Der Reichstag in Berlin bewilligt die Kriegskredite, „Burgfrieden“ der Parteien  
**19./20.8.** Schlacht bei Gumbinnen (Ostpommern), deutscher Rückzug aus Angst vor Umklammerung durch die Russen. Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff werden neue Oberbefehlshaber der 8. Armee.  
**26.-30.8.** Mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften gelingt ihnen in der Schlacht bei Tannenberg die Einschließung der 2. russischen Armee, die vernichtend geschlagen wird.  
**5.-12.9.** Erste Schlacht an der Marne. Rückzug der deutschen Truppen.  
**15.9.** Der „Wettlauf zum Meer“ beginnt. Den Deutschen gelingt es aber nicht, die wichtigen Kanalhäfen an der französischen Küste zu erobern.

## 1915

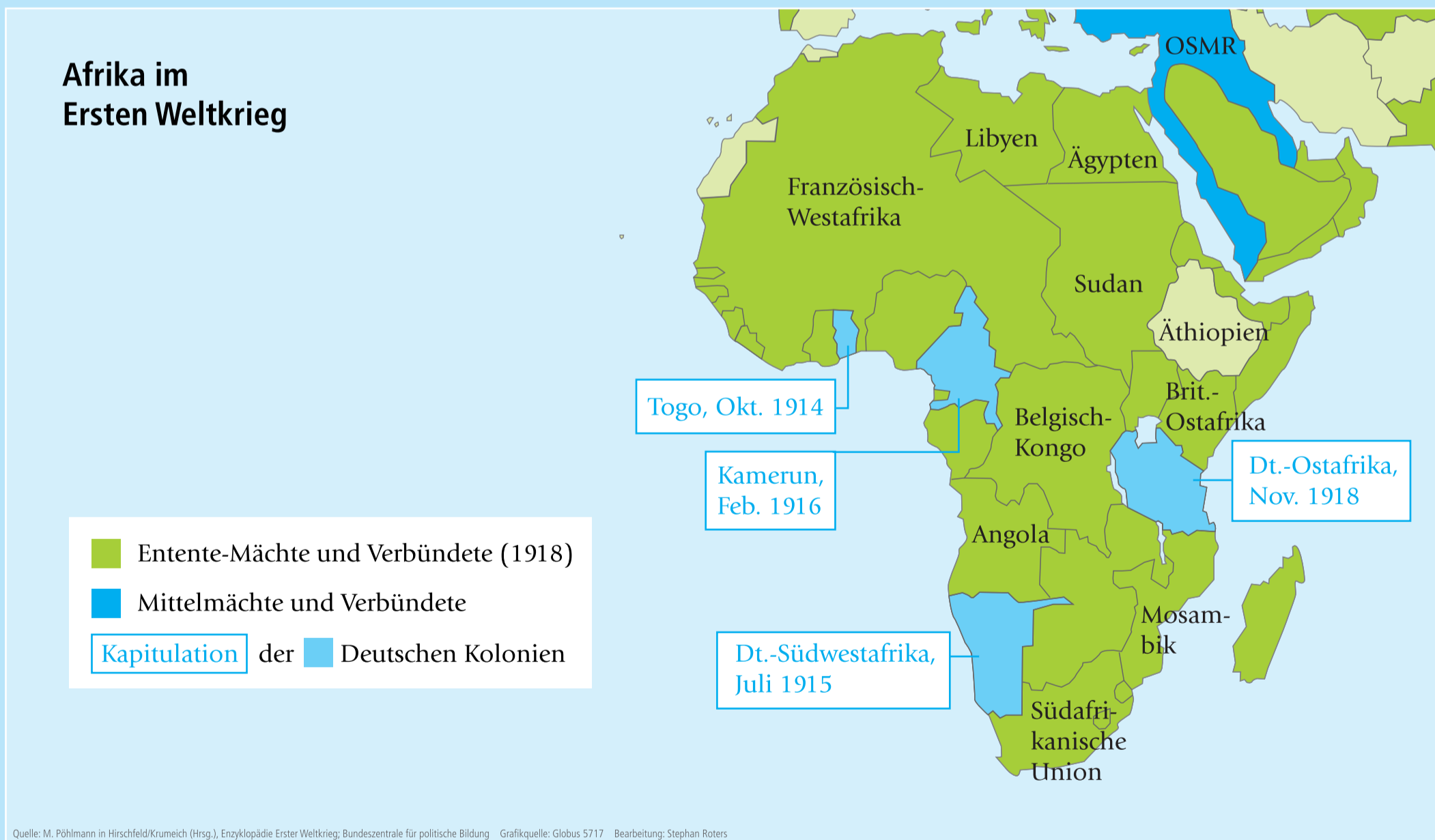
**Januar bis April** Die k.u.K.-Armee versucht, die russische Front in den Karpaten zu schwächen. Bei den ergebnislosen Kämpfen verliert allein Österreich-Ungarn fast 800.000 Soldaten.  
**31.1.** Der erste deutsche Gasangriff an der Ostfront bleibt wegen zu niedriger Temperaturen wirkungslos.  
**22.4.** Während der Zweiten Flandernschlacht (bis 25. Mai) setzt Deutschland an der Westfront bei Ypern Chlorgas gegen

französische Truppen ein. Kein strategischer Durchbruch, sondern nur kleine Geländegewinne auf deutscher Seite. Am Ende dieser Offensive sind 35.000 deutsche und doppelt so viele alliierte Soldaten tot. 10.000 Gasvergiftete auf Seiten der Alliierten.  
**23.6.** Beginn der ersten Schlacht zwischen Italien und Österreich-Ungarn am Fluss Isonzo. Erst Ende Oktober 1917, nach insgesamt zwölf Schlachten, ziehen sich die Italiener zurück. 450.000 Soldaten sterben dort.  
**22.9.-6.11.** Die Herbstschlacht in der Champagne bleibt trotz des Einsatzes mehrerer Millionen Granaten ergebnislos. Insgesamt fallen 250.000 Soldaten.

## 1916

**21.2.** Die zehnmonatige Schlacht um die Festung Verdun beginnt. Nach anfänglichen Erfolgen bleibt die deutsche Offensive stecken, eine monatelange Materialschlacht beginnt. Die Zahl der dort Gefallenen und Verwundeten wird insgesamt auf etwa 700.000 geschätzt.  
**1.7.** Die Schlacht an der Somme beginnt im Rahmen einer britisch-französischen Großoffensive gegen deutsche Stellungen. Mit mehr als einer Million getöteter und verwundeter Soldaten gehört sie zu den verlustreichsten Schlachten des Ersten Weltkrieges.

**5.11.** Die Mittelmächte proklamieren das Königreich Polen, vor allem, um polnische Hilfstruppen gegen Russland zu gewinnen.  
**21.11.** Nach dem Tod Franz Josephs I. wird dessen Großneffe Karl österreichischer Kaiser. Er befürwortet einen Sonderfrieden mit den Alliierten.  
**Dezember** US-Präsident Woodrow Wilson regt Friedensgespräche an. Die Mittelmächte lehnen die Bedingungen dafür (Offenlegung der Kriegsziele) aber ab.



# 1917

durch einen von Lenin initiierten Umsturz geschwächt.  
**6.4.** Die USA erklären Deutschland nach der Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Kriegs den Krieg.  
**7.4.** Kaiser Wilhelm II. kündigt die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts nach Kriegsende an.  
**9.4.** Mit dem Angriff alliierter Streitkräfte auf deutsche Stellungen beginnt die „Nivelle-Offensive“ um Arras und am Chemin des Dames, die nach ihrem Scheitern zu einer Meuterei französischer Soldaten führt.  
**6.7.** Bildung des interfraktionellen Ausschusses im Reichstag.  
**7.11.** In Russland bricht die Oktober-Revolution aus.

**Januar** Hungerprotest vor Hamburgs Rathaus. Es kommt immer wieder vielerorts zu Streiks, die zunehmend politischer werden.  
**8.3.** Beginn der Revolution in Russland. Am 15. März dankt der Zar ab. Das Land wird von einer provisorischen bürgerlichen Regierung sowie von Arbeiter- und Soldatenräten regiert. Im April kehren Lenin und andere Sozialisten mit Hilfe deutscher Behörden aus dem Exil nach Petrograd zurück. Die Deutschen hoffen, Russland werde

# 1918

**8.1** Die USA präsentieren mit den „Vierzehn Punkten“ einen Friedensplan. Die Mittelmächte lehnen diese ab. In Österreich-Ungarn und Deutschland kommt es zu Streiks und Demonstrationen.  
**3.3.** Die Bolschewiki unterzeichnen den Frieden von Brest-Litowsk. Die Mittelmächte gewinnen Territorium im Osten und militärische Handlungsfreiheit im Westen.  
**21.3.** Beginn der deutschen „Michael-Offensive“ in der Picardie. Diese Zweite Mar-

ne-Schlacht dauert bis Juli, bringt jedoch nicht den erhofften Erfolg.  
**15.-25.6.** Die Großoffensive der k.u.k.-Truppen bei Asiago in Italien scheitert.  
**17.7.** Der Zar und seine Familie werden von Bolschewiki ermordet.  
**29.9.** Die deutsche Oberste Heeresleitung fordert Waffenstillstandsverhandlungen.  
**3.10.** Nach dem Antritt Max von Badens als Reichskanzler entsteht erstmals eine Regierung auf parlamentarischer Basis.  
**28.10.** Verfassungsreform in Deutschland. Meuterei unter Matrosen der Hochseeflotte. Über die Marinestandorte breitet sich am 3.11. die Revolution aus  
**9.11.** Philipp Scheidemann (SPD) ruft vom Berliner Reichstag die Republik aus.

# 1919

**1.1.** Einführung des Achtstundentages in Deutschland  
**15.1.** Ermordung der Spartakistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.  
**11.2.** Friedrich Ebert (SPD) wird deutscher Reichspräsident.  
**28.4.** Die Siegermächte nehmen auf der Pariser Friedenskonferenz die Satzung des Völkerbundes an.  
**2.5.** Nach blutigen Straßenschlachten endet die Münchner Räterepublik mit der Beset-

zung Münchens durch regierungstreue Verbände.  
**20.6.** Kabinett Scheidemann tritt zurück.  
**28.6.** Unter dem Druck des drohenden alliierten Einmarsches und der fortdauernden britischen Seeblockade unterzeichnet Deutschland im Versailler Schloss den Friedensvertrag mit den Alliierten.  
**11.8.** Ebert unterzeichnet die Weimarer Reichsverfassung.  
**18.11.** Hindenburg und Ludendorff nehmen vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages über die Friedensmöglichkeiten im Ersten Weltkrieg Stellung. Hindenburgs Aussage, die deutsche Armee sei nicht besiegt, sondern von hinten „erdolcht“ worden, begründet die „Dolchstoßlegende“.

# »Burgfrieden« in der Heimat

**AUGUST 1914** Mit der Bewilligung der Kriegskredite stimmte der Reichstag der Finanzierung des Krieges ohne Gegenstimmen zu

Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Thronfolger Franz-Ferdinand in Sarajewo von serbischen Attentätern ermordet. Es folgten die hektischen Tage der Julikrise. Das Deutsche Reich bekräftigte gegenüber Österreich-Ungarn seine unbedingte Bündnistreue. Die Österreicher stellten den Serben am 23. Juli ein unannehmbares Ultimatum, dem fünf Tage später eine Kriegserklärung folgte. Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland den Krieg. Am Tag darauf besetzten deutsche Truppen das kleine, wegen seiner Eisenbahnverbindungen aber strategisch wichtige Großherzogtum Luxemburg. Abends gegen 19 Uhr überreichte der deutsche Gesandte im belgischen Außenministerium ein Ultimatum und verlangte die Zusage der Wohlwollenden Neutralität, insbesondere des ungehinderten Durchmarschs der deutschen Truppen nach Frankreich. Am 3. August erklärte das Deutsche Reich Frankreich den Krieg, aber erst am 4. August versammelte Kaiser Wilhelm II. die Mitglieder des Reichstags im Berliner Stadtschloss zu einer Thronrede, in der er betonte, der nun ausgebrochene Krieg sei ein Verteidigungskrieg, „das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reichs“: „Uns treibt nicht Eroberungssucht, uns beiseit der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Es folgten dann die am meisten zitierten Sätze dieser Rede: „Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche.“

**In der SPD hatte es Kontroversen um das Ja zu den Kriegskrediten gegeben.**

**Verzicht auf Neuwahlen** Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg eröffnete anschließend die Beratungen des Reichstags, in dem er noch einmal die friedlichen Absichten seiner Regierung unterstrich: „Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.“ Anschließend genehmigte der Reichstag ohne Gegenstimme Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark und beschloss zugleich, für die Dauer des Krieges auf Neuwahlen und selbst auf Nachwahlen für frei gewordene Sitze zu verzichten. Das Budgetrecht war das wichtigste Recht des Reichstages, von seiner Zustimmung hing die Finanzierung des Krieges ab. Aber völkerrechtlich wurde das Deutsche Reich ausschließlich durch den Kaiser vertreten, seine Aufgabe war es, „im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden

Staaten einzugehen.“ Aus diesem Grund wurde der Reichstag auch erst einberufen, als die deutsche Kriegserklärung bereits ergangen war.

**Umstrittene Zustimmung** In den Reihen der SPD hatte es im Vorfeld durchaus kontroverse Diskussionen um die Zustimmung zu den Kriegskrediten gegeben. Die SPD war bei der Reichstagswahl 1912 mit 34,8 Prozent der Stimmen die mit Abstand stärkste Partei geworden und verfügte trotz erheblicher Benachteiligung durch das geltende Wahlrecht auch über die stärkste Fraktion. Sie war zugleich die einzige Partei, die in grundsätzlicher Opposition zum semiabsolutistischen System des wilhelminischen Obrigkeitsstaats stand. Sie kämpfte gegen Klassenherrschaft und Monarchie, gegen die kapitalistische Produktionsweise und das Privateigentum an Produktionsmitteln. „Dem System keinen Mann und keinen Pfennig“ lautete die berühmte Parole, die Wilhelm Liebknecht auf dem Berliner Parteitag 1892 erstmals propagiert hatte.

Am 3. August, nur wenige Tage nach den machtvollen Antikriegsdemonstrationen in Berlin und anderen deutschen Städten, beriet die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Eine deutliche Mehrheit von 78 gegen 14 Abgeordnete sprach sich für die Zustimmung aus. Anschließend wurde bei 24 Gegenstimmen außerdem der Fraktionszwang beschlossen. So kam es, dass am Tag darauf dem Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase, der als Pazifist zu der überstimmten Minderheit gehört hatte, die Aufgabe zufiel, die Erklärung der Fraktion vorzutragen. Zunächst betonte er, dass die SPD die verhängnisvolle Entwicklung mit allen Mitteln bekämpft habe und insbesondere in „innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern“ versucht habe, den Frieden zu erhalten. Erst dann kam er auf den entscheidenden Punkt zu sprechen: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Von diesen Grundsätzen geleitet, stimmten Haase und die anderen Sozialdemokraten



Am Anfang herrschte noch Siegesgewissheit: Abfahrt eines Truppentransports Ende August 1914 auf einem Berliner Bahnhof

den Kriegskrediten zu; zwei Abgeordnete, die sich dazu nicht in der Lage sahen, verließen vor der Abstimmung den Saal, um das Bild der Einstimmigkeit zu wahren. Hugo Haase war die Zustimmung, die seiner persönlichen Überzeugung völlig widersprach, sichtlich schwergefallen. Schon in seiner allerersten Reichstagsrede hatte er sich 1898 kritisch mit dem preußischen Militarismus auseinandergesetzt. In den letzten Jahren vor dem Kriegeausbruch hatte er bei den Debatten über Heeresvorlagen der Regierung regelmäßig warnend seine Stimme erhoben, vor einer Eskalation des Wettrennens gewarnt und internationale Rüstungskontrollen gefordert. Bei der Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten mögen verschiedene

Überlegungen eine Rolle gespielt haben: Die Angst vor Repressionen wie zur Zeit der Sozialistengesetze, die vielen noch in lebhafter Erinnerung war; die Anpassung an die Volksstimmung; die Sorge um die Wahrung der sozialpolitischen Errungenschaften, mochten sie auch bescheiden sein, und um den organisatorischen Bestand der Partei und der Gewerkschaften; die Hoffnung auf innenpolitische Reformen, die ein gewonnener Krieg ermöglichen würde. Ein Hauptargument aber war zweifellos, dass der gerade begonnene Krieg ein Verteidigungskrieg war. Doch schon bald wurde deutlich, dass diese Defensivretorik die wahren Intentionen der Mittelmächte eher verdeckte als zutreffend benannte. Nachdem Wilhelm II. am 1. August noch betont

hatte: „Uns treibt nicht Eroberungssucht“, setzte schon im September eine heftige Kriegszieldiskussion ein, zu der vor allem die Alldeutschen schrille Töne beisteuerten. Zugleich standen die deutschen Truppen an allen Fronten in Feindesland. Wenn sie wirklich nur einen Verteidigungsauftrag gehabt hätten, hätte man also durchaus von einer erfolgversprechenden Ausgangslage für Friedensverhandlungen sprechen können, aber die fanden nicht statt.

**Erste Nein-Stimme** Für die offizielle Burgfriedenspolitik war das eine enorme Belastung. Im Dezember 1914 brach mit Karl Liebknecht erstmals ein SPD-Abgeordneter aus der Fraktionsdisziplin aus, stimmte im Reichstag gegen neue Kriegskredite und gab

zur Begründung eine schriftliche Erklärung ab: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“ Zunächst war Liebknecht mit dieser Position allein, aber das sollte nicht lange so bleiben (siehe Beitrag unten). *Ernst Piper*

Der Autor, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam, ist Verfasser des neu erschienenen Werkes „Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs“.

## Der Weg zur Friedensresolution

**1917** Mit klarer Mehrheit plädierte der Reichstag für einen Verständigungsfrieden. Die Reichsregierung machte sich diese Position jedoch nicht zu eigen

Schon die ersten Abstimmungen im Reichstag über die Kriegskredite waren eine Zerreißprobe für die Fraktion der traditionell pazifistischen SPD gewesen, und die inneren Spannungen wuchsen mit jeder neuen Vorlage. Vor der Reichstagsitzung vom 21. Dezember 1915 hatten bei der internen Abstimmung in der Fraktion nur 66 Abgeordnete für neue Kriegskredite gestimmt und 44 dagegen. Im Reichstag stimmten dann 64 Sozialdemokraten mit Ja, 20 mit Nein und 22 verließen den Saal. Zum Bruch kam es ein Vierteljahr später bei den Etablierungen am 24. März 1916. Die Fraktion hatte zuvor mit 44 gegen 36 Stimmen beschlossen, dem Notetat zuzustimmen. Während der Reichstagsitzung ergiff ohne Vorankündigung Hugo Haase das Wort, um die Position der Minderheit vorzutragen. Es kam zum Tumult, mehrere Fraktionskollegen versuchten, Haase am Reden zu hindern, bevor ihm der Reichspräsident das Wort entzog. In der anschließenden Fraktionssitzung wurden die parlamentarischen Mitwirkungsrechte der Minderheit suspendiert. Haase, Partei- und Fraktionschef, musste Tags darauf zurücktreten. Anschließend verließen 18 der Dissidenten die SPD-Fraktion und konstituierten sich als Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (SAG).

**Spaltung** Am 18. Januar 1917 wurden die in ihr zusammengeschlossenen Sozialdemokraten auf Betreiben des zweiten Parteivorsitzenden Friedrich Ebert aus der Partei ausgeschlossen. Sie beriefen daraufhin für den 6. April eine „Oppositionskonferenz“ nach Gotha ein, wo sie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Frauen und Kinder stehen 1917 in Berlin Schlange an einem Lebensmitteladen. Die Ernährungslage in Deutschland war verheerend.

(USPD) gründeten. In ihr versammelten sich Politiker, die die unbedingte Ablehnung des Krieges einte; ansonsten vertraten sie unterschiedlichste Positionen: Da war der Revisionist Eduard Bernstein, der Pazifist Haase, der Vertreter des Marxistischen Zentrums, Karl Kautsky, und auch die Radikalen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, denn ihre Spartakusgruppe verließ jetzt ebenfalls die SPD und schloss sich der USPD an. In Gotha wurden „Grundlinien der USPD“ verabschiedet, in denen es hieß: „Die Opposition der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands will im Interesse der Arbeiterklasse eine unabhängige und selbst-

ständige Politik betreiben [...] Sie steht in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei.“ Die SPD, die sich nun Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) nannte, rief im Mai 1917 ihre Mitglieder dazu auf, der Spaltung der Partei entgegenzuwirken. Sie bekräftigte ihre Überzeugung, in der Kriegsfrage den richtigen Weg gewählt zu haben, forderte aber auch mit Nachdruck, einen Verständigungsfrieden anzustreben und die seit langem versprochenen

innenpolitischen Reformen endlich zu verwirklichen: „Wir rufen den leitenden Männern zu: Fort mit der Zauderpolitik!“ Der Partei war die große Verbitterung, die im Lande angesichts eines nicht enden wollenden Krieges und der katastrophalen Verhältnisse an der Heimatfront herrschte, nicht verborgen geblieben. Im Juli 1917 erklärte Friedrich Ebert im Hauptausschuss des Reichstags: „Schöne Reden, Erklärungen und kaiserliche Botschaften über die Neuorientierung im Innern genügen nicht. [...] Wozu die großen Opfer, wenn die Regierung nicht gewillt ist, uns das Notwendigste, Unentbehrlichste, Selbstverständlichste:

die politische Gleichberechtigung zu gewähren.“ Aus Sicht der bürgerlichen Parteien drohte die Gefahr, dass auch die MSPD weiteren Kriegskrediten ihre Zustimmung versagen könnte. Daher öffnete sich nun das Zentrum, das sich bisher strikt gegen alle Reformen gewandt hatte, vorsichtig den Forderungen der Sozialdemokraten.

1912 hatte die SPD bei der Reichstagswahl 111 Sitze erreicht und die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei 44, sodass der linke Flügel des Parlaments über 155 von insgesamt 407 Sitzen verfügte. Die Parteien auf der rechten Seite des Hauses kamen auf 162 Sitze. Entscheidend für das Erreichen von Mehrheiten war das Zentrum, das die nach der SPD zweitgrößte Fraktion stellte. Der rechte Flügel des katholischen Partei neigte zum Annexionismus. Setzte er sich durch, ergab sich eine „Kriegszielmehrheit“. Hatte der linke Flügel Oberhand, der zur Zusammenarbeit mit SPD und Fortschrittlicher Volkspartei tendierte, ergab sich eine „Reformmehrheit“. Matthias Erzberger (Zentrum), ursprünglich entschiedener Annexionist, kam nun eine Schlüsselstellung zu.

**Bedeutungszuwachs** 1917 gab die russische Februarrevolution Hoffnungen auf einen Siegfrieden noch einmal Auftrieb. Aber schwerer wegen der Stillstand an der Front, die miserable Ernährungslage, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung und die zunehmende Streikbereitschaft selbst bei Arbeitern der Rüstungsbetriebe. In dieser Gemengelage aus militärischer Anspannung und innenpolitischem Reformdruck verschoben sich die Gewichte zwischen den politischen Machtzentren. Seit August 1916 amtierte die zuweilen fast diktatorisch agierende dritte Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. Reichskanzler Theobald Bethmann Hollweg stand seit langem unter enormem Druck. Den radikalen Nationalisten galt er als „Flaumacher“, der durch mangelnde

Härte den Sieg gefährde. In dieser Lage wurde der Reichstag zur Projektionsfläche der Reformbestrebungen. Die Sozialdemokraten waren nicht an der Regierung beteiligt, aber in einer Zeit, in der Millionen Arbeiter in den Schützengräben für den Sieg des Reiches kämpften, gewann auch ihr parlamentarischer Arm an Bedeutung.

**Informelles Spitzengremium** Ein entscheidendes Ereignis war Erzbergers Rede am 6. Juli 1917 im Hauptausschuss des Reichstags. In scharfen Worten analysierte er das Scheitern des U-Boot-Krieges und rechnete hart mit allen Fehlspekulationen der Reichsleitung ab, etwa zur Ernährungslage und zur Kriegsdauer. Als Reaktion auf Erzbergers im In- und Ausland stark beachteten Auftritt bildeten Zentrum, MSPD und Fortschrittliche Volkspartei einen Interfraktionellen Ausschuss und erarbeiteten eine Friedensresolution, die der Reichstag am 19. Juli mit 214 gegen 116 Stimmen bei 17 Enthaltungen verabschiedete. Der Interfraktionelle Ausschuss blieb als informelles Spitzengremium bis zum Ende des Kaiserreichs bestehen. In seiner parteipolitischen Zusammensetzung nahm er die Weimarer Koalition von 1919 vorweg.

In der Friedensresolution hieß es: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietswerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.“ Die Reichsregierung übernahm diese Positionen nicht. Dennoch hatte die Resolution große innenpolitische Wirkung, die jedoch erst nach Kriegsende zur Entfaltung kam. Die verspäteten politischen Reformen im Oktober 1918 konnten den Sturz der Monarchie nicht mehr aufhalten. *Ernst Piper*



Nur ein schlichter Satz. Gerade einmal zehn Wörter stellten das Verfassungsgefüge Deutschlands auf den Kopf. Denn sie machten aus der konstitutionellen Monarchie des preußisch-deutschen Kaiserreichs einen parlamentarisch regierten Staat. Zehn Wörter, die im Rückblick betrachtet selbstverständlich klingen – und die doch eine Zäsur waren.

„Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.“ Es waren diese zehn Wörter, beinahe versteckt im zweiten Absatz des „Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung“ vom 28. Oktober 1918, um die Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale teilweise seit Jahrzehnten gekämpft hatten.

Zum ersten Mal in Deutschland wurde verfassungsmäßig festgelegt, dass der Regierungschef die Unterstützung der Mehrheit im Parlament brauchen sollte. Bis dahin hatten Preußens Ministerpräsidenten und Deutschlands Kanzler stets nur des Vertrauens des jeweiligen Monarchen bedurft. Zwar verfügten der preußische Landtag seit 1848 und der Reichstag ab 1871 über die Budgethoheit. Doch der Einfluss auf die aktuelle Politik war begrenzt.

Freiwillig hatten Kaiser Wilhelm II. und seine konservativen Unterstützer diesen Umsturz der Machtverhältnisse nicht eingeräumt. Es war der unmittelbar bevorstehende Zusammenbruch der Westfront, die den starken Mann der Obersten Heeresleitung, General Erich Ludendorff, am 29. September 1918 zu einer überraschenden Volte bewegt hatte. Nachdem der Weltkrieg militärisch nicht mehr zu gewinnen war, forderte Ludendorff einen Waffenstillstand auf Grundlage der „14 Punkte“ des US-Präsidenten Woodrow Wilson.

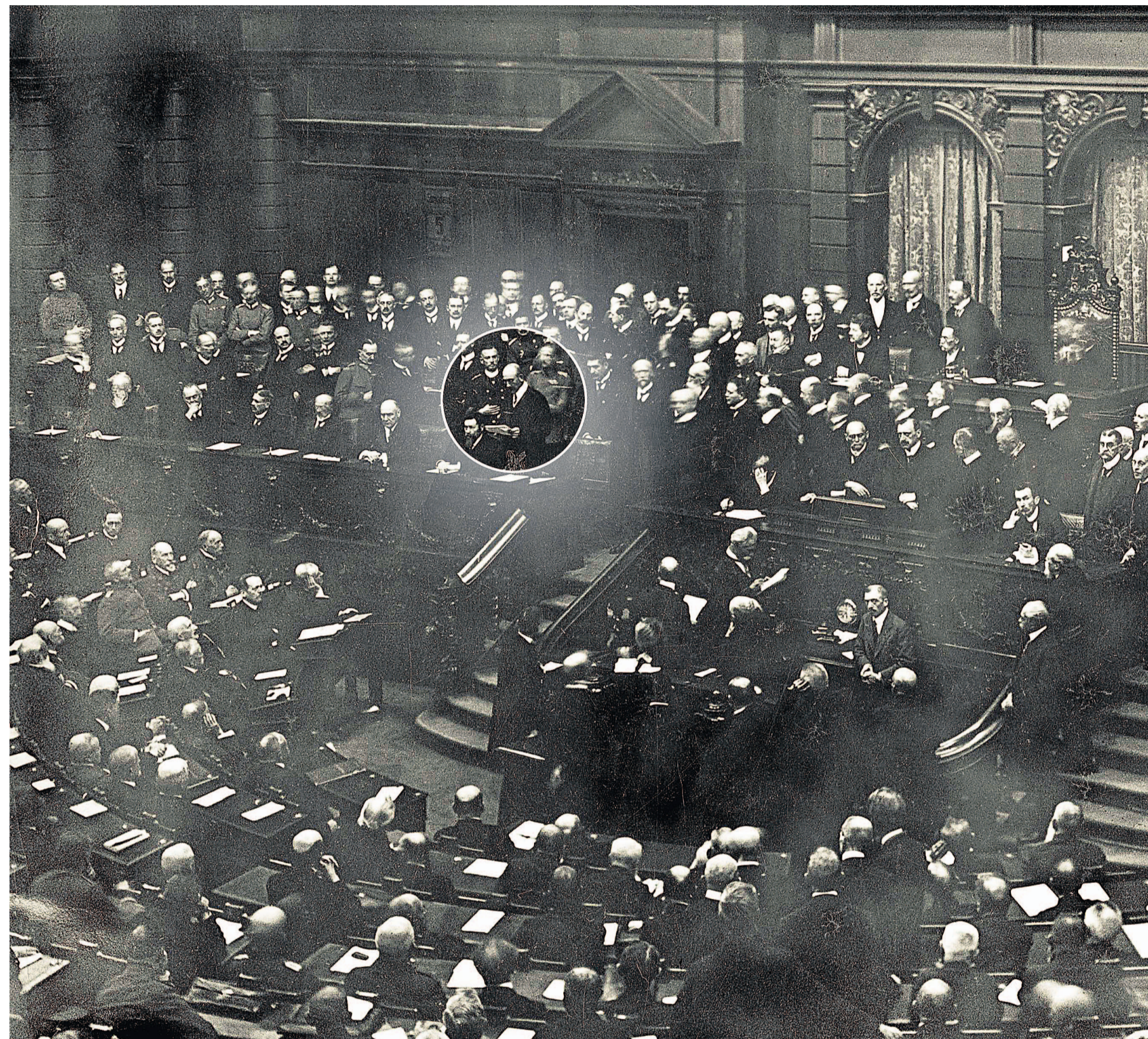
Gleichzeitig stahl sich der General aus seiner Verantwortung: Er forderte, die bisherige Opposition solle eingebunden werden, vor allem SPD und Zentrum. Die Reichstagsfraktionen beider Parteien hatten zwar seit August 1914 die Politik der Reichsleitung überwiegend unterstützt, aber seit 1917 im Interfraktionellen Ausschuss des Parlaments mit der liberalen Fortschrittspartei auf eine Beendigung des Krieges mittels eines Verständigungsfriedens hingearbeitet.

**Kanzlerwechsel** Der gewählte US-Präsident würde sicher mit einem parlamentarisch gestützten Reichskanzler eher verhandeln als mit einem Repräsentanten der alten konstitutionellen Monarchie, glaubte Ludendorff. Daher folgte ein Wechsel im Amt des Reichskanzlers: Auf den glücklosen Zentrumskanzler Georg von Hertling, der persönlich die Parlamentarisierung ablehnte, sich aber trotzdem vom Interfraktionellen Ausschuss stützen ließ, folgte nun mit Prinz Max von Baden ein liberaler Hochadliger. Weil der Thronfolger des Großherzogtums im Südwesten öffentlich gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten war, schien er der richtige Kandidat für Verhandlungen mit den USA zu sein.

Max von Baden, verfassungsrechtlich ausschließlich vom Vertrauen des Kaisers abhängig, berief als Zeichen guten Willens auch zwei Sozialdemokraten in sein Kabinett – doch die von der SPD geforderte Parlamentarisierung lehnte er ab. Zwar betonte er, selbstverständlich sei seine Amtsführung vom Vertrauen der Reichstagsmehrheit abhängig. Doch in Verfassungsrecht giebten wollte er das nicht. Die Antwortnote der USA auf sein Angebot war ermutigend: Außenminister Robert Lansing fragte und diplomatisch direkt, ob der neuen Kanzler „nur für diejenigen Gewalten des Reiches“ spreche, „die bisher den Krieg geführt haben“. Lansings deutscher

# Ein Satz dreht die ganze Verfassung um

## OKTOBERREFORM 1918 Der (zu) späte Sieg des deutschen Parlamentarismus



Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden (Kreis) am 5. Oktober 1918 bei seiner Antrittsrede im Reichstag

Kollege Wilhelm Solff antwortete: „Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages.“

Um das zu unterstreichen, brachte das Reichskabinett Gesetzentwürfe auf den Weg, die ein Zugehen auf die USA signalisieren sollten. Doch den entscheidenden Schritt hin zur Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Parlament,

mochte Max von Baden nicht gehen. Vielleicht konnte er es auch nicht. Nicht einmal, als Lansing im nächsten Telegramm klar machte, dass „ohne Vernichtung jeder willkürlichen Macht“ oder mindestens „ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht“ Verhandlungen unmöglich seien. „Willkürliche Macht“ – das zielte auf das Gottesgnadentum Wilhelms II., der „vernichtet“, also abgesetzt, oder „herabgemindert“, also wenigstens in politischer Bedeutungslosigkeit verschwinden sollte.

Noch einen Anlauf unternahm Max von Baden, um die formale Parlamentarisierung des Reiches zu verhindern. Am 22. Oktober 1918 bekannte er im Reichstag, kein Kanzler könne im Amt bleiben, „wenn er das Vertrauen der Mehrheit des Hauses verloren“ habe. Doch sein Vorschlag zur Verfassungsänderung sah lediglich die Gründung eines Staatsgerichtshofes vor, dem gegenüber sich der Regierungschef verantworten sollte. Inzwischen hatten die führenden Politiker des Interfraktionellen Ausschusses erkannt,

welches Druckmittel ihnen Wilson und Lansing in die Hand gegeben hatten. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert forderte in seiner Rede klugerweise nichts, sondern stellte nur fest: „Niemand in der Welt braucht daran zu zweifeln, dass unser Volk das Recht der Selbstbestimmung sich nicht mehr entwinden lassen wird.“ Und er nahm Max von Badens Erklärung wider besseres Wissen als Bestätigung der faktisch bereits vollzogenen Parlamentarisierung. Sein Kabinett habe seine Existenz von der Zustim-

mung des Reichstages abhängig gemacht. Das stimmte formal nicht, denn immer noch galt die Verfassung von 1871. Doch nun war der Reichskanzler in der Zwickmühle. Er konnte nicht mehr hinter seine Aussagen zurück, und die gültige Auslegung hatte Ebert ihm geschickt aufgedrängt. So musste Max von Baden einen Vorschlag des Interfraktionellen Ausschusses annehmen und als Regierungsvorschlag an den Reichstag weiterleiten, der die entscheidenden zehn Wörter enthielt: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.“ Zwischen zweiter und dritter Lesung des ursprünglichen Regierungsentwurfs für eine Verfassungsänderung wurde diese entscheidende Erweiterung in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und schließlich am 26. Oktober 1918 mit Mehrheit verabschiedet. Als auch der Kaiser und der Bundesrat als Vertretung der Fürsten zustimmten, trat die Änderung der Reichsverfassung am 28. Oktober in Kraft: Fortan war Deutschland nicht mehr eine konstitutionelle, sondern eine parlamentarische Monarchie.

**Formal rechtswidrig** Doch ausgerechnet diese entscheidende Veränderung zugunsten der gewählten Volksvertretung war rein formal betrachtet auf verfassungswidrige Weise zustande gekommen. Denn was Max von Baden als Regierungsvorschlag eingebracht hatte, war eine unzulässige Erweiterung des Entwurfs. Die Opposition beklagte dem Wortlaut der Geschäftsordnung des Reichstages gemäß zu Recht, dass eine so weitreichende Veränderung eines neuen Gesetzgebungsverfahrens bedürftig hätte. Ihr Sprecher, Kuno Graf Westarp, sah in der Verfassungsänderung „eine verhängnisvolle Wendung, von der wir schwere Gefahren für die Zukunft des deutschen Vaterlandes befürchten“. Klar sprach der Fraktionsvorsitzende der Deutschkonservativen Partei aus, was die Verfassungsänderung bedeutete: „Aus dem monarchisch-konstitutionellen Reich ist ein nach den Grundsätzen der westlichen Demokratien parlamentarisch regierter Staat geworden.“

So deutlich hätte Friedrich Ebert das wohl nicht formuliert. Doch inhaltlich hatte Westarp Recht: Die Verfassungsänderung entfaltete genau diese Wirkung. In wenig demokratischer Art jedoch stimmte die Reichstagsmehrheit die Einwände der Konservativen nieder. Die Parlamentarisierung des Reichs erfolgte auf formal rechts- und damit verfassungswidrige Weise.

Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die Monarchie retten konnte dieser späte, zu späte Schritt zur Demokratisierung aber nicht mehr: Als von Kiel ausgehend die Revolution sich ihren Weg bahnte, musste er am 9. November 1918 eigenmächtig den Thronverzicht des Kaisers und seines Sohnes verkünden. Außerdem übergab er die Regierungsgeschäfte an Ebert, der seine Übergangsregierung den „Rat der Volksbeauftragten“ nannte. Die Novemberrevolution verdrängte die Oktoberreformen in die Bedeutungslosigkeit.

Niemand konnte damals ahnen, dass ausgerechnet Erich Ludendorff und sein Vorgesetzter Paul von Hindenburg, hauptverantwortlich für die ausweglose Lage des Reiches im Herbst 1918, die Verantwortung dafür demokratisch gesinnten Politikern wie Ebert zuschieben könnten. Mit der Dolchstoß-Legende (siehe Seite 8) entlasteten sich die beiden Ex-Generäle vor großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit – und beschädigten damit zugleich die erste deutsche Demokratie, die am 28. Oktober 1918 mit der Verfassungsänderung begonnen hatte. Sven Felix Kellerhoff

Der Autor ist leitender Redakteur der „Welt“-Gruppe für Zeit- und Kulturgeschichte. ||

## »Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!«

**NOVEMBER 1918** Die Revolution war das Ende der Monarchie in Deutschland. Noch vor Kriegsende fuhr Wilhelm II. ins Exil

Am 28. Oktober 1918 war das „Gesetz zur Änderung der Reichsverfassung“ in Kraft getreten, das Deutschland erstmals ein parlamentarisches Regierungssystem bescherte (siehe Beitrag oben); einen Tag später reiste Kaiser Wilhelm II. von Berlin ins Hauptquartier im belgischen Spa. Fast zeitgleich kam es bei der vor Wilhelmshaven liegenden deutschen Hochseeflotte zu ersten Befehlsverweigerungen – die Matrosen wollten nicht noch in einer Art „Verzweiflungsschlacht“ verheizt werden.

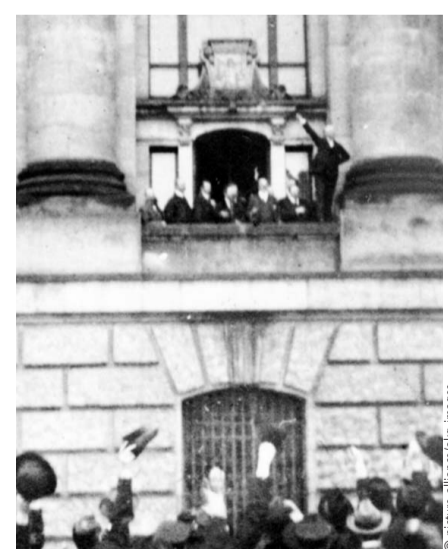
Am 4. November brach der Matrosenaufstand in Kiel aus, der in Windeseile auf andere Städte übergriff. Arbeiter- und Soldatenräte wurden gegründet, am 7. November stürzte mit den Wittelsbachern in Bayern die erste deutsche Monarchie. Am 9. November hatte die Revolutionswelle Berlin erreicht: Streiks, Massendemonstrationen, Schusswechsel; Militär verbündete sich mit den Arbeitern.

Seit dem Morgen bemühte sich der Reichskanzler um die Abdankung des Kaisers. Schon am Vormittag waren die SPD-Mitglieder der kaiserlichen Regierung zurückgetreten. Gegen Mittag ließ Max von Baden – ohne Ermächtigung aus Spa – den Thronverzicht Wilhelms II. veröffentlichen, das Amt des Reichskanzlers wurde dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert übertragen. „Der Kaiser hat abgedankt“, titelte die „B.Z. am Mittag“ in ihrer 13-Uhr-Ausgabe.

Am Nachmittag empfahl Paul von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung (OHL), dem Kaiser die Flucht nach Holland, um nicht „dem inneren oder äußeren Feinde“ anheim zu fallen. In Berlin überschlugen sich derweil die Ereignisse, an die sich der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann später so erinnerte:

„Am 9. November 1918 glich der Reichstag schon in den Morgenstunden einem großen Heerlager. (...) Mit Ebert und anderen Freunden saß ich hungrig im Speisesaal. Es gab wieder nur eine dünne Wassersuppe. Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal (...): ‚Scheidemann, komm schnell, vom Schlossbalkon aus redet Liebknecht!‘ (...) Zwischen dem Schloss und dem Reichstag – so wurde versichert – bewegten sich ungeheure Menschenmassen hin und her. Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen! (...) Kein Zweifel, wer jetzt die Massen vom Schloss her bolschewistisch oder vom Reichstag zum Schloss hin sozialdemokratisch in Bewegung bringt, der hat gesiegt.“

Vom Reichstagsgebäude aus rief Scheidemann die erste deutsche Republik aus: „Die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue. Es lebe die Deutsche Republik!“ Am Stadtschloss wiederum proklamierte Karl Liebknecht, Führer des radikal-sozialistischen Spartakusbundes, „die freie sozialistische Republik Deutschland“.



Philipp Scheidemann (SPD) ruft von einem Reichstagsbalkon die Republik aus.

Zurück im Reichstagsrestaurant wurde Scheidemann von Ebert angeschrien: „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen.“ Ob Deutschland Republik werde, „entscheidet die Konstituante“. Der spätere Reichspräsident, einmal als „ausgesprochener Gegner gewaltsamer Veränderungen“ beschrieben, hatte nicht auf den Sturz der Monarchie abgezielt, schon gar nicht aber wollte er wie Liebknecht eine Räterepublik.

Am 10. November einigten sich die Führungen von SPD und Unabhängiger Sozialdemokratie (USPD) auf die Bildung eines „Rates der Volksbeauftragten“ als neuer Regierung mit Ebert als einem von zwei Vorsitzenden. Noch am selben Tag traf er eine Übereinkunft mit General Wilhelm Groener, der für die OHL eine Loyalitätserklärung gegenüber der neuen Regierung abgab und militärische Unterstützung bei linksradikalen Angriffen zusagte. Während Berlin bis zur Wahl der dann nach Weimar ausweichenden Nationalversammlung am 19. Januar noch blutige Kämpfe insbesondere bei der Niederschlagung des „Spartakusaufstandes“ vor sich haben sollte, rollte Wilhelm II. am Morgen des 10. November im Sonderzug ins holländische Exil. Einen Tag danach unterzeichnete der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger als Chef der von der OHL geforderten zivilen Waffenstillstandsdelegation im Wald von Compiègne den Waffenstillstand. Nach mehr als vier Jahren schwiegen die Waffen. Erzberger indes wurde 1921 von Rechtsextremisten erschossen. Helmut Stoltenberg

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

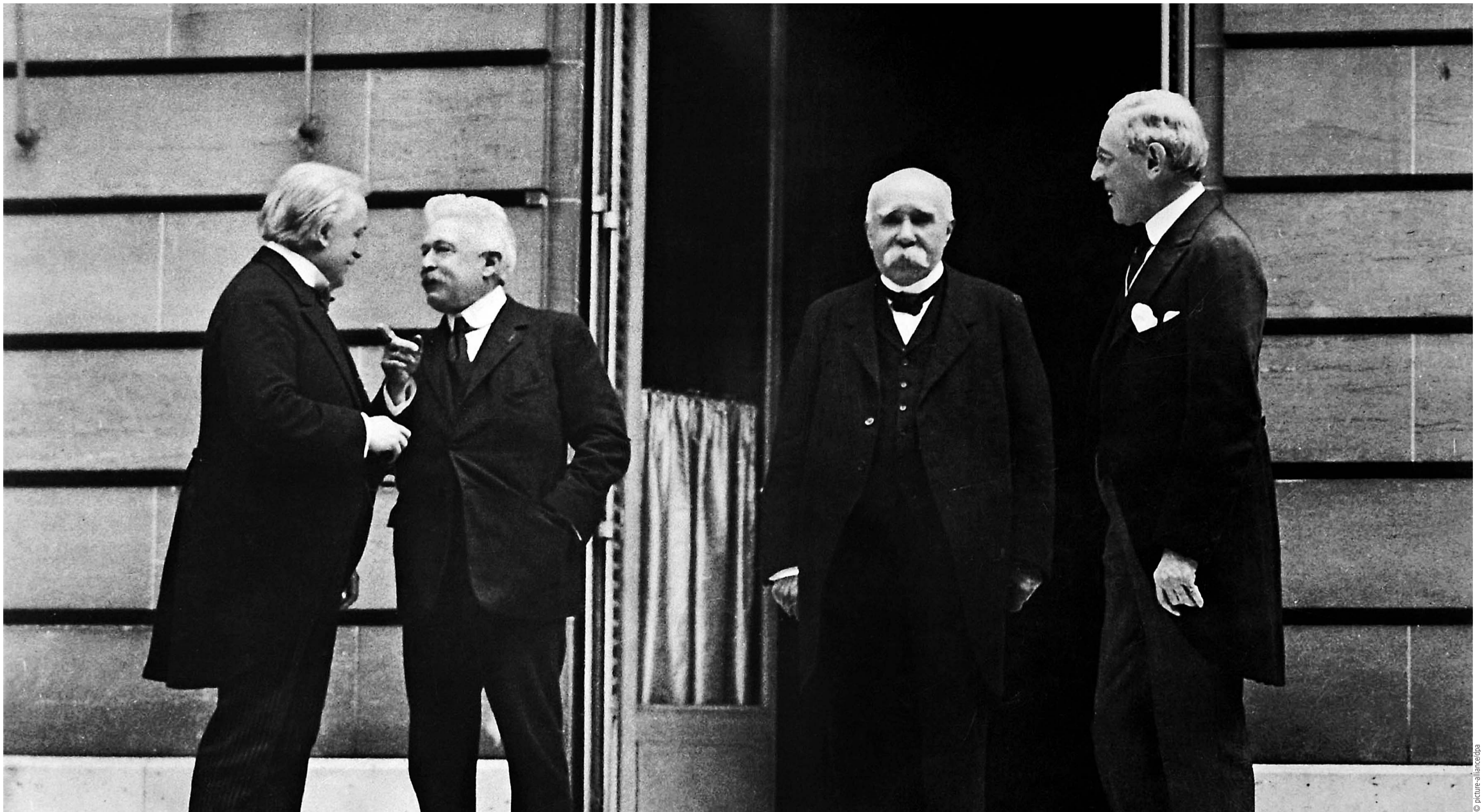
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper





Die Architekten der Nachkriegsordnung (von links): Der britische Premier David Lloyd George, Italiens Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando, Frankreichs Premier Georges Clemenceau und US-Präsident Woodrow Wilson 1919 während der Pariser Friedenskonferenz

# Strenge Noten aus Paris

**VERSAILLER VERTRAG** Die Nachkriegsordnung belastete die Weimarer Republik. Ihre Chancen sahen nur wenige

Von links bis rechts sind sich die Abgeordneten einig: „Unannehmbar“ sei dieser Friedensvertrag, „entehrend und vernichtend“, eine Mischung aus „französischer Rachsucht und englischer Brutalität“. Die Vertreter der Weimarer Nationalversammlung hatten sich an diesem 12. Mai 1919 in der Aula der Berliner Universität eingefunden, um ihren Unmut über die Friedensbedingungen kundzugeben. Nur wenige Tage zuvor hatten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs der deutschen Delegation ihre Forderungen in Versailles übergeben. Von einer „Stunde der Abrechnung“ hatte der französische Premier Georges Clemenceau dort gesprochen: „Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu geben.“ Für die Abgeordneten in der Nationalversammlung waren die Forderungen der Alliierten ein Schock: Die Deutschen sollte nicht nur auf ein Achtel des Territoriums verzichten, darunter Elsass-Lothringen, das Saargebiet und große Teile Westpreußens. Sie sollten auch eine Besetzung des Rheingebietes auf Jahre hinaus akzeptieren ebenso wie eine restriktiv klein gehaltene Armee – ohne U-Boote, Panzer und ohne Luftwaffe. Dass der abgedankte Kaiser einem internationalen Strafgericht ausgeliefert werden sollte, galt im rechten Spektrum als ausgemachte Provokation. Besonders aber brachte der Artikel 231 im Vertragswerk die Abgeordneten auf, der als „Kriegsschuld-Artikel“ Grundlage weitreichender Reparationszahlungen sein sollte: Demnach seien „Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich“, die die Alliierten und Assoziierten infolge des Krieges, „der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben“. Da die Höhe der Reparationen im Vertrag nicht konkret beziffert war, fürchtete man auf Jahrzehnte hinaus am Gängelband der Siegermächte zu laufen.

»Diktat-Frieden« Philipp Scheidemann (SPD), der erste Ministerpräsident der Weimarer Republik, fasste die aufgebracht Stimmung unter den Abgeordneten an diesem 12. Mai in Berlin in die berühmten

»Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«

Philipp Scheidemann (SPD)

Worte: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“ Das Protokoll vermerkte „brausenden Beifall im Hause und auf den Tribünen“. Scheidemanns Urteil hatte Gewicht: Er war es, der sich 1917 im Reichstag für einen Verständigungsfrieden – ohne Annexionen – stark gemacht hatte und dafür von der rechten Seite des Hauses angefeindet wurde. Nunmehr sah man sich einer Nachkriegsordnung gegenüber, bei deren Verhandlung in Paris man noch nicht einmal anwesend sein durfte und die aus Sicht vieler Deutscher nichts anderes als ein „Versailler Diktat“ war. Die Hoffnungen auf einen Frieden, der mehr oder weniger den Status Quo als europäische Großmacht wiederherstellte, waren zerschlagen. Sie wurden nicht zuletzt aus dem Geist des Vierzehn-Punkte-Plans von Anfang 1918 genährt, mit dem US-Präsident Woodrow Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Kern einer Nachkriegsordnung betonte. Davon konnte nun aus deutscher Sicht kaum noch die Rede sein. Die Deutschen, so befand es der Philosoph Ernst Troeltsch, waren mit den Versailler Bedingungen brutal aus einem „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ gerissen worden. Hoffnungen, mit Eingaben und Stellungnahmen an die Alliierten Milderungen zu erreichen, erfüllte sich nicht. Die deutschen Gegenvorschläge fanden bei der Entente nahezu kein Gehör, die Siegernationen bestanden im Wesentlichen auf dem Vertragswerk.

»Kriegsschuld-Artikel« Was also tun? An dieser Frage zerbrach Mitte Juni die erste „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP). Ministerpräsident Scheidemann sah sich zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger Gustav Bauer (SPD) empfahl nur zwei Tage später – und einen Tag vor Fristablauf der Alliierten – der Nationalversammlung, seiner Regierung die Unterschrift unter den Vertrag nicht zu versagen. Und er nannte dafür das entscheidende Argument: Am Folgetag, „soll der Krieg aufs Neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist“. In seiner Ansprache vor den Abgeordneten wandte er sich vehement gegen Artikel 231. Er lege mit Nachdruck wert auf die Erklärung, dass die Forderung, „sich als alleiniger Urheber des Krieges zu bekennen“ für seine Regierung nicht annehmbar und eine solche Feststellung durch die Unterschrift nicht gedeckt sei. Der Eugen Schiffer (DDP), kurz zuvor noch Justizminister im Kabinett Scheidemann,

hielt diese Einschränkung nur für einen „papierernen Vorbehalt“. Auch die Vertreter der rechten Opposition versagten ihre Zustimmung: Vom „Raub unserer Souveränität“ und der „militärischen Entmündigung“ sprach der ehemalige Reichs-Vizekanzler Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (Deutschnationale Volkspartei, DNVP). Wilhelm Kahl (Deutsche Volkspartei, DVP) fand, dass mit einer Annahme des Friedens „der deutsche Staat als solcher vernichtet ist“. Mit drastischen Worten skizzierte Paul Löbe (SPD) die Alternative: Verweigere Deutschland die Unterschrift, dann werde der Krieg erneut aufflammen, das Reich geteilt, am Ende ein Friede unterzeichnet werden müssen, „der noch schärfer werden würde“. Adolf Gröber (Zentrum) erinnerte daran, dass nur der Friede die Chance böte, der Hungersnot Einhalt zu gebieten und die staatliche Einheit aufrechtzuerhalten. Mit den Stimmen von SPD und Zentrum, sowie der USPD und sechs weiterer Abgeordneter gab die Nationalversammlung schließlich ihr Placet für Unterzeichnung – ohne damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk Urheber des Krieges sei.

Haltloser Vorbehalt Auf den Knackpunkt dieses Vorbehalts hatte allerdings der Abgeordnete Hugo Haase (Unabhängige Sozialdemokraten, USDP) hingewiesen: Was eigentlich mache die Regierung so sicher, dass ihre Einschränkung von der Entente nicht als Ablehnung des Vertrages aufgefasst würde? Die Antwort der Alliierten folgte jedenfalls noch am gleichen Abend und sie ließ an Deutlichkeit nichts vermissen. In ihrer Note forderten sie „eine unzweideutige Erklärung“ der deutschen Seite, den Vertrag in seiner endgültigen Form anzunehmen – oder abzulehnen.

Unter diesen Umständen drohte die Zustimmung in der Nationalversammlung zu kippen. Es waren dramatische Stunden. Ministerpräsident Bauer umriss die ausweglose Lage in seiner Ansprache am 23. Juni denkbar knapp: „Unterschreiben wir! Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen im Namen des gesamten Kabinetts machen muss. Bedingungenlos unterzeichnen!“ Ein neuer Krieg sei nicht zu verantworten, fuhr er fort, „selbst wenn wir Waffen hätten. Wir sind wehrlos. Wehrlos ist aber nicht ehrlos“. Es folgten Erklärungen der Vertreter von DDP, DVP und DNVP, die Unterzeichnung weiterhin abzulehnen – die „vaterländische Gesinnung“ all jener Abgeordneten, die sich anders entscheiden würden, aber nicht in Zweifel zu ziehen. Am Ende votierte die Nationalversammlung „mit großer Mehrheit“ für die Unterschrift, wenige Stunden bevor das Pariser Ultimatum auslief. Kurz darauf, am 28. Juni 1919, unterschrieben für die deutsche Seite die Minister Hermann Müll-

er (SPD) und Johannes Bell (Zentrum) den Friedensvertrag – im symbolträchtigen Spiegelsaal von Versailles, in dem 1871 Wilhelm I. zum deutschen Kaiser proklamiert worden war.

Ob sie eine andere Wahl hatten, darüber ist in Weimarer Zeit heftig gestritten worden. Der Friedensvertrag war auf Jahre hinaus eine schwere Hypothek – nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch für das politische Klima der jungen Republik. Keine Gelegenheit ließ die extreme Rechte aus, gegen das „Schanddiktat von Versailles“ zu agitieren, die Regierung in Berlin als „Novemberverbrecher“ und „Handlanger der Alliierten“ zu diffamieren. Insbesondere die NSDAP konnte mit ihren Kampagnen auch

deshalb erfolgreich sein, weil der „Anti-Versailles-Furore“ (Eberhard Kolb) bis weit in die gesellschaftliche Mitte hineinreichte. Der Sozialdemokrat Carlo Mierendorff sprach 1930 mit Blick auf den „Kriegsschuldparagraphen“ von einer „einzigartigen Autosuggestion eines ganzen Volkes, das einen Vertragsartikel zu seinen Ungunsten interpretiert, sich gedemütigt fühlt und Revision erheischt“. Es waren „Vernunftrepublikaner“ wie Walther Rathenau (DDP) und Gustav Stresemann (DVP), die als Minister, Stresemann kurzzeitig als Kanzler, in wechselnden Koalitionen mit SPD und Zentrum nach Chancen und Lösungen suchten, statt „Versailles“ stets und zuallererst als rotes Tuch wahrzu-

nehmen. Durch Kooperation, Verständigung und Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn konnte die außenpolitische Isolation aufgebrochen, die Härten der Reparationen gemildert, kurzum mehr von „Versailles“ revidiert werden, als man das 1919 zu hoffen wagte. Im Sommer 1932 schrumpften die Gläubiger ihre Reparationsforderungen auf einen symbolischen Restbetrag. Nur wenige Wochen später wurde die NSDAP zur größten Fraktion im Reichstag gewählt. Ein maßgeblicher Teil der Deutschen setzte damit auf jene Kräfte, die mit ihren Kampagnen gegen die „Erfüllungspolitik“ dem rechtsterroristischen Mord an Rathenau kräftig Vorschub geleistet hatten. Alexander Heinrich

## »Im Felde unbesiegt«

**DOLCHSTOSS** Als die Militärs versagten, schoben sie den Demokraten den Schwarzen Peter zu

Schuld haben bekanntlich immer nur die anderen. Das gilt auch für Militärs, zumal dann, wenn schicksalhafte Katastrophen wie der verlorene Erste Weltkrieg rechtfertigt werden müssen. Im Schlamm der Schützengräben versack, nach Jahren des Stellungskrieges kampfesamt, zwischen Feinden eingeklemt, blieb der Obersten Heeresleitung (OHL) unter den Generälen Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff nichts übrig, als im Herbst 1918 die ausweglose Situation der Armee einzugestehen. Mit dem Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 musste die Hoffnung auf einen großen Sieg begraben werden, gleichzeitig wurde eine Legende geboren: die vom Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres.

Potenzielle Staatsfeinde Wer dieses Bild erstmals aufgebracht hat, ist umstritten, aber die Militärs hatten ein Interesse daran, die Verantwortung für die Kriegsniederlage anderen anzulasten, vornehmlich jenen, die aus ihrer Sicht stets als potenzielle Staatsfeinde anzusehen waren: Politiker im Allgemeinen, Demokraten und Linke im Besonderen, die aus Sicht vieler Offiziere in der Heimat Streiks anzettelten und gegen den Krieg mobilisierten. Berichtet wird, dass Ludendorff die Kriegskatastrophe mit der ausbleibenden Unterstützung aus der „Heimat“ begründete. So notierte Albrecht von Thael (1868-1957), Chef des Stabes bei der OHL, in seinem Tagebuch, Ludendorff habe im Oktober 1918 in einer Ansprache deutlich gemacht, die Armee sei „schwer verurteilt durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen“. Auf die Truppen sei „kein Verlass“ mehr. An anderer Stelle wird der englische General Sir Frederick Maurice

als Urheber der Metapher vermutet und der Satz kolportiert: „Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefasst werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.“ Der General dementierte die Äußerung später. Schließlich verhalf Hindenburg selbst der Legende zum Durchbruch, als er sich auf Maurice berief und im November 1919 vor dem Weltkriegs-Untersuchungsausschuss der Weimarer Nationalversammlung dessen angebliche Bemerkung als richtig bezeichnete. Dass keine Entscheidungsschlacht den Krieg beendet hatte und die Fronten im Herbst 1918 außerhalb der Reichsgrenzen verliefen, beförderte den Mythos von der heimatischen Verschwörung, assistiert von der oft genannten nationalen Trostformel, die deutsche Armee

sei „im Felde unbesiegt“ geblieben. Die Dolchstoßlegende fand große Verbreitung, insbesondere in der Propaganda rechtsextremer Parteien, die nicht nur Sozialdemokraten anklagten, sondern auch die Juden. So entstand, wie Historiker es formulierten, „die wohl wirkungsmächtigste Geschichtslegende des 20. Jahrhunderts“, die das politische Klima in der Weimarer Demokratie vergiftete und den Boden bereitete für den totalen Hitler-Faschismus. Die fatale Wirkung hielt an bis in die Endphase des Zweiten Weltkrieges, als unter Militärs die Erkenntnis reifte, Hitler müsse beseitigt werden. Nicht wenige Offiziere der Wehrmacht fürchteten sich vor einer neuen Dolchstoß-Symbolik und einem „Führer“, der zum Märtyrer gemacht würde – mit unabsehbaren Folgen. Claus Peter Kosfeld



Die Dolchstoß-Legende: Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) von 1924





# »Ein sehr gefährliches Spiel«

**MICHAEL EPKENHANS** Der Potsdamer Militärhistoriker widerspricht dem Autor Christopher Clark und sagt, 1914 hätten Wien und Berlin die Weichen auf Krieg gestellt. Der Versuch, Russland nach dem Attentat von Sarajewo zu testen, ging schief

**Herr Epkenhans, in Ländern wie Frankreich gibt es schon erhebliche Vorbereitungen zum Kriegsausbruch 1914. In Deutschland tut sich noch wenig. Ist das in Ordnung?**  
Ich wünsche mir, dass auch in Deutschland der Erste Weltkrieg in ähnlicher Weise Beachtung findet wie in den Nachbarländern. Dieser Krieg hat ja Europa und Deutschland in jeder Hinsicht stark verändert und geprägt. Deshalb sollte man gemeinsam versuchen, eine Form der Erinnerung zu finden, die auch deutlich macht, welche Lehren man aus der Geschichte gezogen hat beziehungsweise ziehen sollte.

**Leidet Deutschland hier nicht unter seiner Fixierung auf die Jahre 1933 bis 1945, so dass alles andere im Nebel verschwindet?**  
Allein wegen der zeitlichen Nähe hat der Zweite Weltkrieg die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg überlagert. Das hängt auch damit zusammen, dass viele Menschen direkter darunter gelitten haben und somit der Zweite Weltkrieg auch in der öffentlichen Diskussion entsprechend aufgearbeitet wurde, was wir so vom Ersten Weltkrieg nicht mehr kennen. Dies sollte uns aber nicht daran hindern zu erkennen, wo es lange Linien in der Geschichte gab, etwa vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg bis hin zum Mauerfall.

**In Deutschland ist das Buch des australischen Historikers Christopher Clark „Die Schlafwandler“ seit Wochen ein Bestseller. Wie erklären Sie sich das?**  
Clarks Buch hat eine Lücke gefüllt. Es ist die erste wirklich vergleichende Geschichte der Ursachen für den Ersten Weltkrieg. Der Leser erfährt, wie es aus der Perspektive verschiedener Regierungen dazu kam, dass dieser Krieg am Ende ausgebrochen ist. Das Buch ist auch ein bisschen Balsam auf die deutsche Seele, weil viele immer gesagt haben, nicht nur die Deutschen könnten für diesen Kriegsausbruch und diese Katastrophe des 20. Jahrhunderts verantwortlich sein, sondern auch andere Länder. Darauf deutet ja auch schon der Titel hin. Inwieweit sich Christopher Clark mit seiner Deutung am Ende durchsetzen kann, wird man sehen.

**Wäre das nicht eine überfällige Korrektur, nachdem die deutsche Historiografie in den 1920er Jahren jede Schuld am Ersten Weltkrieg von sich wies und man infolge der Fritz-Fischer-Diskussion nach 1961 Verantwortung fast nur noch in Berlin sah?**  
Man sollte ganz nüchtern darauf hinweisen, wer in der Julikrise 1914 für welche Entscheidung verantwortlich war. Zum Beispiel, dass auch die Österreicher diesen Krieg gewollt haben. Es ist auch richtig, darauf zu verweisen, dass die Franzosen die Russen in ihrem harten Kurs bestärkt haben, auch aus Angst vor dem großen deutschen Nachbarn. Man muss auch darauf hinweisen, was die Engländer getan oder unterlassen haben. Aus meiner Perspektive wird es aber nichts daran ändern, dass die wichtigsten Entscheidungen in Berlin gefallen sind. Die Reichsleitung hat am Ende entschieden, den österreichischen Ball aufzunehmen und weiterzuspielen.

**Es gab 1914 die Verkettung der Bündnis-systeme und zwanghaftes Handeln von Politikern. Gibt es da überhaupt mehr oder weniger Schuld, wie es etwa Clark bestreitet?**

Hier stimme ich Clark nicht zu. Österreicher und Deutsche brachten den Ball ins Rollen und sagten, wir nehmen diese Krise zum Anlass, die Entente zu testen. Das weiß man auch aus den Gesprächen von Reichskanzler Bethmann Hollweg mit seinen engsten Vertrauten. Man wollte testen, wie sich der Zar verhielt. Eine Option war, dass der Zar sagte, ich unterstütze die Königsmörder von Sarajewo nicht. Die andere Option war – auch dem militärischen Denken und seinen Zwängen geschuldet –, dann lieber Krieg jetzt als später. Weil man glaubte, dass der Krieg letztlich ohnehin irgendwann kommen würde.

**Sie sehen also weiter die Hauptschuld bei den Österreichern und Deutschen ...**

„ Ich wünsche mir, dass auch in Deutschland der Erste Weltkrieg in ähnlicher Weise Beachtung findet wie in den Nachbarländern. Dieser Krieg hat Europa und Deutschland stark geprägt.“

Michael Epkenhans

Schuld ist ein falscher Begriff. Wir haben eine Reihe von Akteuren in verschiedenen Staaten, die damals Politik machten. Hätten die Deutschen die Signale auf Rot gestellt, wären auch die Österreicher abgeschreckt worden. Menschen haben damals entschieden und der deutschen Reichsleitung ist das Ganze entglitten. Bethmann Hollweg wollte keinen großen Krieg, dazu war er zu klug. Aber auch er glaubte, durch ein diplomatisches Vabanquespiel die Lage des Reiches auf dem Kontinent zu verbessern. Er sah dabei nicht das zu große Risiko, weil er den Militärs zu sehr vertraute.

**Was ist mit Russland, das als erste Großmacht die Generalmobilisierung befahl?**  
Die Russen haben Belgrad erst nach Österreichs Ultimatum vom 23. Juli an Serbien unterstützt. Berlin wusste aber schon vorher, dass die Russen nicht stillhalten würden. Trotzdem ließ man Wien weitermachen. Viele in Berlin waren überzeugt, der Zar werde die Königsmörder von Sarajewo nicht unterstützen. Deshalb wollte man Wien seinen lokalen Krieg gegen die Serben führen lassen. Es gab in Wien eine Kriegspartei, die mit Unterstützung von Kaiser Franz Josef Krieg führen wollte. Erst sehr spät erkannte Berlin, dass das Ganze ein sehr gefährliches Spiel war. Auch da versäumte man es, den Österreichern unmissverständlich zu sagen, dass man sie nicht unterstützt. 1912 und 1913 bei den beiden Balkankriegen hat Berlin Wien daran gehindert, einen Lokalkrieg zu führen, 1914 nicht mehr, weil man hoffte, damit Österreich, aber auch die eigene Position im Mächtesystem zu stärken.

**Von Kaiser Wilhelm gab es Ende Juli 1914 das Telegramm an Zar Nikolaus, m-**



## ZUR PERSON

Michael Epkenhans, Jahrgang 1955, studierte 1975 bis 1982 Geschichte und Anglistik an der Universität Münster und promovierte dort 1989. Nach Stationen bei der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und an der Universität Heidelberg war er 1996 bis 2009 Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh. 2004 habilitierte er sich an der Universität Hamburg in Neuerer Geschichte. Seit 2009 leitet Epkenhans die Abteilung Forschung am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, das 2013 im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam aufging. Epkenhans wurde bekannt durch Werke zur Kaiserlichen Marine und ist Experte des Ersten Weltkriegs.

**die Verantwortung Londons für die Ausweitung des Krieges?**

Aus englischer Perspektive war es erstaunlich, wie sich das Ganze entwickelte. Vielleicht hätten die Engländer früher deutlich machen müssen, wie sie sich verhalten würden. Vordringend war es dann die Verletzung der belgischen Neutralität, weshalb England in den Krieg eintrat. Es war aber vor allem die alte englische Politik, keine Hegemonialmacht jenseits des Ärmelkanals zu dulden.

**Wir sprechen viel über Fehler der Verantwortlichen. Was halten Sie von der These, der Erste Weltkrieg sei aus strukturellen Gründen wegen der Gegensätze und feindlichen Bündnisysteme unvermeidlich gewesen und Sarajewo nur der äußere Anlass?**

Der Topos vom unvermeidlichen Krieg, wie Wolfgang Mommsen einmal sagte, führt meines Erachtens in die Irre. Trotz aller Kriegshysterie in manchen Kreisen war der Krieg 1914 nicht unvermeidlich. Es sind immer Menschen, die entscheiden. Wenn die sich vernünftig zusammengesetzt hätten so wie 1913 bei der Londoner Botschafterkonferenz nach dem Ersten Balkankrieg, wäre der Weltkrieg zu vermeiden gewesen.

**Was kann man aus der Juli-Krise lernen?**  
Das ist wichtig ist, Mechanismen für Konfliktlösungen zu entwickeln. Wie kann man verhindern, dass eine Friedensordnung zusammenbricht bzw. welche Mechanismen braucht man bei einer Verletzung der internationalen Friedensordnung, um durchzusetzen, dass der Frieden gewahrt bleibt oder durchgesetzt wird?

**Wem ist die Verantwortung dafür zu geben, dass es in vierzehn Jahren Krieg 1914 bis 1918 zu keinem Friedensschluss kam?**

Kein Staat hatte ein Interesse daran, den Krieg auf der Grundlage des Status quo ante zu beenden. Aufgrund der großen Schrecken, der vielen Opfer und immensen Kosten des Krieges glaubte jeder, irgendeinen Gewinn mit nach Hause nehmen zu müssen.

**Halten Sie im Atomzeitalter Kriege zwischen Großmächten noch für möglich?**

Aus dem 20. Jahrhundert haben alle gelernt, dass Kriege im großen Umfang in der Katastrophe enden können. Mit der Atombombe ist heute der absolute Schrecken verbunden, weil die absolute Vernichtung droht. Vor 100 Jahren glaubte man dagegen noch an die Führbarkeit von Kriegen und daran, ihn wie im 18. oder 19. Jahrhundert zu beenden. Daher haben sich die großen Staaten schon im Kalten Krieg bemüht, Mechanismen zu finden, die eine Eskalation noch in letzter Minute aufhalten kann. Ich erinnere an die Einrichtung des Roten Telefons nach der Kubakrise. Es ist auch unvorstellbar, dass moderne Demokratien heute Krieg gegeneinander führen. Die gemeinsamen Werte verhindern, dass sich Derartiges wie 1914 entwickelt.

Das Interview führte Hans Krump.

**fliegend auf seine auf Krieg drängenden Militärs zu wirken ...**

Interessanterweise kam der Kaiser, der anfangs zwar sehr auf ein hartes Vorgehen gegen Serbien gedrängt hatte, dann aber nach Norwegen in Urlaub gegangen war, erst relativ spät ins „Geschäft“. Als er von seiner Reise zurückkehrte, hielt er sich erstaunlicher Weise eher zurück. Die serbische Antwort fand er gar nicht so unbefriedigend, und wie der englische Außenminister glaubte er, dass eine symbolische Strafexpedition, das heißt eine Besetzung Belgrads, ausreichen würde. Der preußische Kriegsminister machte ihm dann aber schnell klar, dass das Geschehen gar nicht mehr in der Hand habe, weil die Mobilisierungsvorbereitungen schon liefen. Das Dilemma der Akteure von 1914 war, dass sie aus ihrer Perspektive wenig Zeit hatten, einen anderen Kurs zu fahren. Je mehr Zeit man dem potenziellen Gegner ließ, desto schneller und gründlicher konnte der sich vorbereiten. Der deutsche Mobilisierungsplan basierte ja darauf, dass er sehr schnell umgesetzt wird. Zuerst sollten die Franzosen geschlagen werden, dann die Russen aufgehalten werden. Das nahm der Politik die Optionen.

**War dem für Deutschland 1914 eine Option möglich, Wien mit seinen Balkanproblemen allein zu lassen?**

Nein. Wien war der letzte verlässliche Bündnispartner. Ein solcher Kurs hätte gewaltige Rückwirkungen in Österreich-Ungarn gehabt, aber auch bezüglich der deutschen Stellung in Europa. Gleichwohl war es sehr fahrlässig, eine Politik des hohen Risikos zu fahren, weil ein Konflikt auf dem Balkan wegen der Bündnisverpflichtungen einen Kontinental- oder gar Weltkrieg zur Folge haben konnte. Seit dem 20./21. Juli 1914 wusste man, dass sich St. Petersburg nicht zurückhalten würde. Dies hat der russische Außenminister dem deutschen Botschafter klar erklärt, indem er darauf hinwies, „Russland sei friedlich gesinnt, würde sich aber nicht passiv verhalten“.

**Hatte das Habsburgerreich als Großmacht nicht auch das Recht, gegen den unruhigen Nachbarn Serbien nach dem Attentat von Sarajewo hart vorzugehen?**

Man musste Österreich zugestehen, dass sich Serbien nicht seine inneren Angelegenheiten einmischte. Serbien hat auch Zusagen verletzt, großserbische Bestrebungen auf österreichischem Territorium zu unterbinden. Belgrad

hat es auch versäumt, nach dem Attentat bei sich zu Hause aufzuräumen und zu untersuchen, wer dafür verantwortlich war. Vermutlich hätte man damals hochrangige Verantwortliche gefunden, die in irgendeiner Form verwickelt waren. Es gibt allerdings bis heute keinen Beweis für eine Komplizenschaft der serbischen Regierung in den Anschlag. Die Frage ist, ob es nach dem Attentat nicht möglich gewesen wäre, diesen Konflikt durch eine internationale Konferenz zu lösen. Die Deutschen hatten das Kalkül, nach dem Attentat schnell einzugreifen und so vollendete Tatsachen zu schaffen. Aber das konnten und wollten die Österreicher nicht. Strafexpeditionen macht man entweder sofort oder nicht. Vor allem, nachdem klar wurde, dass später das Risiko viel größer war.

**Deeskaliert hat keiner im Juli 1914 ...**

Das stimmt. Die Briten waren die einzigen, die sich in Ansätzen bemühten. Die Deutschen reagierten erst, als es deutlich wurde, dass London auf Gegenseite in den Krieg eintreten würde.

**Lange war überhaupt nicht klar, wie sich die Briten verhalten würden. Wie sehen Sie**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Versöhnen über den Gräbern

**VOLKSBUND** Erhalt und Pflege von Kriegsgräbern in vielen Ländern sind ein Eckpfeiler der Versöhnung ehemaliger Gegner. Zehntausende junge Aktivisten wirken an Errichtung und Pflege der letzten Ruhestätten mit

Heute würde man „Bürgerinitiative“ sagen oder von zivilgesellschaftlichem Handeln sprechen. Weil die junge Weimarer Republik weder politisch noch wirtschaftlich in der Lage war, sich um die Gräber der Gefallenen des Weltkriegs zu kümmern, fanden sich 1919 Leute aus dem Volk zusammen, um diese Aufgabe zu übernehmen. „Volksbund“ nannten sie das damals. In Absprache mit den Regierungen, denen nach dem Versailler Vertrag die Verantwortung für deutsche Soldatenfriedhöfe außerhalb des Reichsgebiets oblag, wirkte der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ seitdem in vielen Ländern Europas. Zu seinen satzungsmäßigen Zielen gehörte es, gute Beziehungen zu Ländern aufzubauen, in denen sich deutsche Soldatenfriedhöfe befanden, und sich für Verständigung und Frieden einzusetzen.

**Heldenkult** Allerdings lief der Volksbund 1933 mit fliegenden Fahnen zu den neuen nationalsozialistischen Herrschern über. Aus Totengedenken wurde Heldenkult, und die Ehrung der sogenannten Blutzugenen des Nationalsozialismus, die in den politischen Kämpfen der Weimarer Republik ums Leben gekommen waren, gehörte nun auch zu den satzungsmäßigen Zielen. 1945 wurde der Volksbund Deutsche Kriegsgrä-

berfürsorge von den Alliierten verboten. Während es in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR dabei blieb, durfte der Volksbund in den Westzonen seine Arbeit 1947 wieder aufnehmen. 1952 verabschiedete der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Sorge für Kriegsgräber“, das die Einrichtung und Pflege deutscher Kriegsgräberstätten im Ausland dem Volksbund übertrug. Die Mitgliederzahl stieg schnell auf fast 600.000 im Jahr 1956. Derzeit läuft die Ausschreibung des Volksbunds für ein Forschungsprojekt, das diese wechselvolle Geschichte bis zum hundertjährigen Vereinsjubiläum 2019 aufarbeiten soll. „Wir müssen offen und transparent mit dieser Geschichte umgehen“, sagt Markus Meckel, seit diesem Oktober neuer Präsident des Volksbundes. Der Außenminister der letzten DDR-Regierung und langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete meint damit nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus. Auch hinsichtlich der späteren Jahre „müssen wir genau hinschauen“, betont Meckel und verweist auf den Bund der Vertriebenen, der unlängst mit einem vergleichbaren Forschungsprojekt auf die einflussreiche Rolle ehemaliger Nazis in der Nachkriegszeit gestoßen war. Die Aufarbeitung werde aber auch zeigen, wie sehr sich der Volksbund zum Guten entwickelt hat, ist Meckel überzeugt. Zwar „klingt der Name ein bisschen old-fashioned und man begegnet dadurch leicht Vorurteilen“. Das ändere sich aber, sobald Menschen die Arbeit des Volksbundes kennenlernen würden.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht nach wie vor, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. 832 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten mit etwa 2,5 Millionen Kriegstoten be-

finden sich in der Obhut des Verbandes. Rechtliche Grundlage sind bilaterale Kriegsgräberabkommen mit diesen Staaten. Ideale Grundlage ist das Verbandsmotto „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Personelle Grundlage sind mehrer tausend ehrenamtliche und über 500 hauptamtliche Mitarbeiter. Und finanzielle Grundlage sind zu 70 Prozent Mitgliedsbeiträge, Spenden und Nachlässe von Menschen, denen die Arbeit des Volksbundes so wichtig ist, dass sie ihm ihr Vermögen hinterlassen. Der Rest sind öffentliche Zuschüsse. Seit den 1950er Jahren betreibt der Volksbund auch internationale Jugendarbeit. In jährlich rund 60 Workcamps arbeiten deutsche und einheimische Jugendliche gemeinsam auf Kriegsgräberstätten, pflegen die Gräber und betten verstreut liegende Kriegstote dorthin um. In der Nähe von vier Friedhöfen unterhält der Volksbund Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten, in denen Schulklassen und Jugendgruppen friedenspädagogische Projekte durchführen können. Der Volksbund ist der einzige Kriegsgräberdienst der Welt, der solche Jugendbildungsarbeit leistet.



Markus Meckel

Neben Jugendlichen sind Soldaten ein tragender Pfeiler der Arbeit des Volksbundes. Wenn etwa in Russland deutsche und russi-

sche Soldaten gemeinsam deutsche Gefallene umbetten, dann, so betont Volksbund-Präsident Meckel, „hat das eine hohe Symbolik von Versöhnung“. Die Bundeswehr selbst, Reservistenverbände und einzelne Soldaten unterstützen den Volksbund in vielfältiger Weise, etwa mit dem Transport von Jugendlichen in die Workcamps. Die jährliche Straßensammlung für die Kriegsgräberfürsorge wäre ohne die zahlreichen Helfer in Uniform kaum machbar. Hier sieht der Volksbund allerdings ein Problem auf sich zukommen, wenn mit der Bundeswehrreform zahlreiche Standorte schließen. **Die Weltkriegsgeneration** Und das ist beileibe nicht die einzige Sorge des Verbandes. Ein großer Teil der Mitglieder gehört der Generation an, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Zwar lassen sich nach wie vor junge Menschen für Einsätze auf den Kriegsgräberstätten begeistern – auch im zurückliegenden Jahr waren es wieder ungefähr 20.000 –, aber den nächsten Schritt zur Mitgliedschaft tun nur noch wenige. Als Meckels Vorgänger Reinhard Führer vor elf Jahren sein Amt antrat, hatte der Volksbund 340.000 Mitglieder, jetzt sind es gerade noch 140.000. Auch die Zahl der Nachlässen, die der Volksbund erhält, dürfte bald deutlich zurückgehen, fürchtet Meckel. „Das heißt, die Arbeit in zehn Jahren ist durchaus gefährdet.“ Dabei ist noch so viel zu tun. Die jüngste Kriegsgräberstätte ist erst im August im russischen Duchowtschchina der Öffentlichkeit übergeben worden. Zehntausende Gefallene müssen noch dorthin umgebettet werden. Mit Montenegro wird gerade über die Einrichtung eines neuen Friedhofs bei

Podgorica gesprochen. Und die bestehenden Kriegsgräberstätten sollen auch in Zukunft ihren würdevollen Charakter behalten und bedürfen der Pflege. Dabei geht es sich längst nicht mehr nur um Soldatengräber, sondern auch um die letzten Ruhestätten anderer Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. So unterhält der Volksbund seit 2001 in Riga eine Gräber- und Gedenkstätte für zehntausende Juden, die dort ab 1941 von Deutschen und lettischen Hilfskräften ermordet wurden.

**Verbundenheit mit der Politik** Die Verbundenheit des Deutschen Bundestages mit der Kriegsgräberfürsorge kommt regelmäßig in der Gedenkstunde zum Volkstraum auf dem Reichstagsgebäude zum Ausdruck. Die Schirmherrschaft übernimmt traditionell der Bundestagspräsident. Während der letzten zentralen Gedenkstunde des Volksbundes am 17. November sprach Bundespräsident Joachim Gauck das Totengedenken. Die Gedenkrede hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle.

„Wir können die Toten nicht zurück ins Leben holen, wir können ihnen aber versprechen, mit aller Kraft zu versuchen, das Leben in Frieden und Freiheit zu schützen“, erklärte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das sei nur gemeinsam in einem vereinten Europa des gegenseitigen Respekts, der gegenseitigen Zuneigung und der gegenseitigen Solidarität zu schaffen. Besonders beeindruckt zeigte sich Voßkuhle von der Jugendarbeit des Volksbundes: „Jedes Jahr treffen sich Tausende junger Leute auf freiwilligen Ferienfreizeiten, um gemeinsam die Soldatengräber zu pflegen und sich dabei gegenseitig mit der Ge-

schichte ihrer Völker zu konfrontieren.“ Diese Begegnungen seien ein Stück gelebter Völkerverständigung. Wer einmal als junger Mensch über die Soldatenfriedhöfe von Lommel und Ysselsteyn gegangen sei und dort Kreuze wieder aufgerichtet und gesäubert habe, dem würden das Grauen des Krieges und der Wert des Friedens „vielleicht zum ersten Mal richtig bewusst“. Ein besonderer Schwerpunkt in den nächsten Jahren wird das Gedenken an den Ersten Weltkrieg sein. Erst kürzlich hat der Volksbund die Internetseite „100-jahre-erster-weltkrieg.eu“ eingerichtet. „Aus dem Ersten Weltkrieg kann man mehr lernen als aus dem Zweiten“, ist Volksbund-Präsident Meckel überzeugt. An seinem Ausbruch „hatte jeder Staat einen gehörigen Anteil, auch Deutschland, aber nicht nur“. Bei vielen Konflikten finde man ein ähnliches „Knäuel unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“. Lehreich seien auch die Folgen. Weder „die beiden großen totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts“, das kommunistische und das nationalsozialistische, noch der Zweite Weltkrieg seien „ohne den Ersten Weltkrieg zu verstehen“. Der Volksbund will während der bevorstehenden Gedenkjahre dazu beitragen, „die Katastrophe, die mit dem Ersten Weltkrieg verbunden war, in den Blick zu nehmen“. Sonst, so Meckels Sorge, könnte es 2018, wenn viele europäische Staaten hundertjährige Unabhängigkeit feiern, zu einer „Blüte des Nationalismus“ in Europa kommen. Dabei sei „das integrierte Europa die historische Gestalt gewordene Lehre aus dem Ersten Weltkrieg“. **Peter Stöhlle**

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Zu Ferieneinsätzen auf Kriegsgräberfriedhöfen kommen Jugendliche aus vielen Ländern. Hier putzt die junge Russin Daria Gagarina in Gera (Thüringen) einen Grabstein.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



251 deutsche Kriegstote aus beiden Weltkriegen, deren Gräber über ganz Australien verstreut lagen, haben in Tatura im Staate Victoria, etwa 185 Kilometer nördlich von Melbourne, eine gemeinsame letzte Ruhestätte gefunden. Der Friedhof wurde 1958 eingeweiht. Eine Bronzetafel enthält die Namen von 27 deutschen Kriegstoten, die noch in australischer Erde außerhalb der Kriegsgräberstätte Tatura ruhen.



Der deutsche Soldatenfriedhof Neuville-St. Vaast (auch La Maison Blanche nach einem nahe gelegenen Bauernhof genannt) wurde von den französischen Militärbehörden in den Jahren 1919 bis 1923 als Sammelfriedhof für deutsche Kriegstote aus dem Raum nördlich und ostwärts Arras angelegt. Er ist heute mit rund 45.000 Gräbern der größte deutsche Soldatenfriedhof des Ersten Weltkrieges in Frankreich.



Der Sammfriedhof Duchowtschchina 60 Kilometer nördlich von Smolensk ist die letzte große deutsche Kriegsgräberstätte, die der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Russland anlegt. 2010 wurde mit dem Bau begonnen. noch im gleichen Jahr wurden die ersten 7.000 Kriegstoten eingebettet. Bis Anfang 2013 wurden bereits über 30.500 Kriegstote aus dem Raum Smolensk, Brjansk und Kaluga eingebettet.

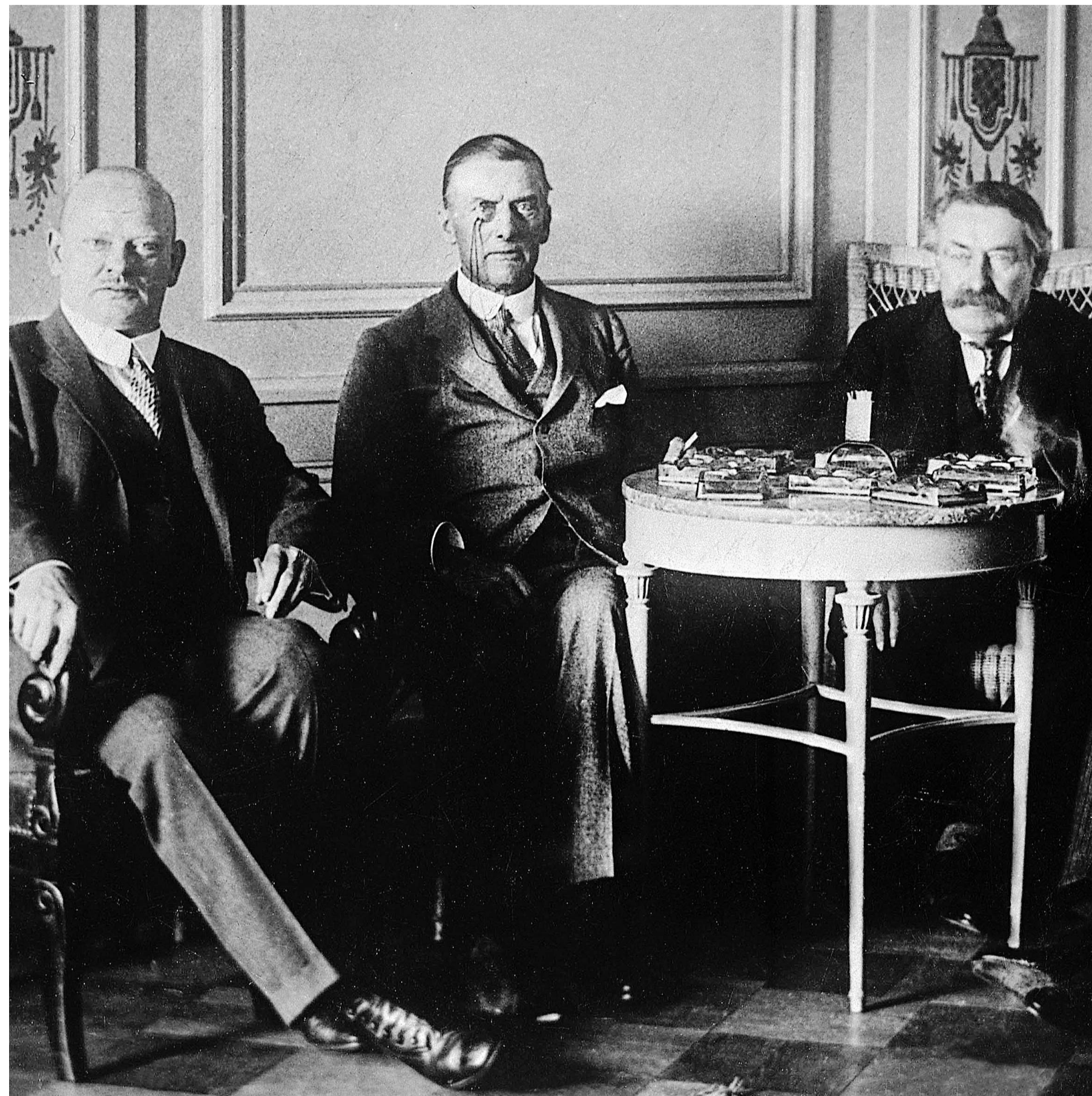
**K**urz vor seinem Tode sagte Gustav Stresemann, der deutsche Außenminister, Reichskanzler des Krisenjahres 1923 und Friedensnobelpreisträger, einem Freund: „Ich denke, das bleibt nach mir, dass man ohne Gewaltmittel die Macht wiedergewinnen kann, und vielleicht als Wichtigstes: dass man durch Frieden und Verständigung eben solche Siege zu erringen vermag wie durch Schlachten und Krieg.“ Stresemann, Deutschlands größter Real- und zugleich Großmachtpolitiker der Zwischenkriegszeit, sollte tragisch widerlegt werden, weil diejenigen, die die von ihm verkörperte Weimarer Republik von rechts und links bekämpften, nichts im Sinn hatten mit Realpolitik. Dem Ende des Ersten Weltkriegs, den Stresemann noch in den Reihen der „Annexionisten“ erlebt hatte, sollte zwei Jahrzehnte später der Zweite, noch schrecklichere und blutigere, folgen, in dessen Schatten zudem der Holocaust tobte.

**Urkatastrophe** Dabei hätte „der Große Krieg“, wie das Völkerringen der Jahre 1914 bis 1918 lange Zeit genannt wurde, als ein letztes Signal dahingehend verstanden werden müssen, dass Macht und Frieden nicht in erster Linie auf Schlachten gründen. Denn nach der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (so der amerikanische Diplomat George F. Kennan) war wenig übrig geblieben von den vermeintlichen Sicherheiten der internationalen Ordnung. Hatten fünf Großmächte das alte System dominiert, waren drei von ihnen, nämlich das Deutsche Reich, die Wiener Doppelmonarchie und Russland, durch den Kriegsverlauf und soziale Revolutionen vorläufig ausgeschaltet worden. Staaten wie Polen und Jugoslawien erschienen neu auf der Bildfläche. Die Kolonialverhältnisse in Afrika und Indien begannen zu erodieren. London wie Paris gehörten formal zu den Siegermächten, aber sie hatten sich im Krieg verausgabt und hoch verschuldet. Darum erklärten sie in Versailles das geschlagene Deutschland zum Alleinschuldigen, der sämtliche Kriegskosten übernehmen sollte. John Maynard Keynes, der britische Weltökonom, erkannte im Versailler Vertrag von 1919 einen „Karthago-Frieden“, der den Keim des nächsten Krieges bereits in sich trage. Zur Verunsicherung der politischen Verhältnisse trug bei, dass Paris und London ohne das US-Eingreifen das deutsche Kaiserreich nicht hätten niederringen können. Die Welt verfolgte in der kommenden Dekade stauend, wie Amerika trotz einer dramatisch steigenden Arbeitslosigkeit zur prosperierenden Weltmacht wurde. Zugleich erwuchs Japan zum neuen Kraftzentrum im fernen Asien, während in Russland der bolschewistische Totalitarismus zum globalen Bürgerkrieg aufrief. Faschismus und Nationalsozialismus sollten andernorts bald folgen. Darum hatte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson 1918 mit seinen „14 Punkten“, der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht und einem „Frieden ohne Sieg“ nie eine realistische Chance. Paris und London blockierten sich gegenseitig und verwarfen damit in indirekter Einmütigkeit die Idee einer „Gemeinschaft freier Völker“, die ihre Händel nicht mehr machtpolitisch, sondern auf der institutionellen Basis der neu zu gründenden „League of Nations“ regeln sollten.

**Völkerbund** Zwar wurde der Völkerbund 1920 in Genf gegründet. Aber Deutschland blieb die Mitgliedschaft bis 1926 und der Sowjetunion gar bis 1934 verwehrt. Nicht einmal die Vereinigten Staaten selbst waren mit von der Partie. Der US-Senat verweigerte die Ratifizierung des Versailler Vertrages und des Beitritts zu dem neuen Gremium, weil es nach der misstrauischen Wahrnehmung der Washingtoner Politiker lediglich „die amerikanische Nation in ein europäisch-asiatisches Machtgleichgewicht verstricken“ würde. Zwar hatte der Völkerbund, der 1946 aufgelöst wurde, zwischenzeitlich

# Die alten Geister kehren zurück

**WELTORDNUNG** Die Idee der »Gemeinschaft freier Völker« nach 1918 scheiterte



Nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926: Die Außenminister (v.l.n.r.) Deutschlands (Stresemann), Englands (Chamberlain) und Frankreichs (Briand) in Genf.

bis zu 58 Mitgliedsstaaten. Aber er war gleichwohl bald nach seiner Gründung von den beteiligten Regierungen zu einem „bloßen Debattierclub“ (Gordon A. Craig) degradiert worden. Deutschland war um den Ausgleich mit dem Westen ernsthaft bemüht. Die Weimarer Republik wollte mit seiner Verfassung und seinem Bekenntnis zu den Idealen der Demokratie und des Parlamentarismus das Misstrauen in Paris und London ausräumen. Finanziell lehnte Berlin sich zudem

an die USA. Aber die gewaltigen Reparationsforderungen, für die das im Osten, Norden und Westen territorial amputierte Reich aufkommen musste, erwiesen sich als überzogen und schlicht unbezahlbar. Doch selbst vernünftige Bitten Berlins um moderate Milderungen der Auflagen stießen in Paris und London auf schroffe Ablehnungen. Frankreich okkupierte 1921 Städte wie Düsseldorf und Oberhausen und England drohte, Entente-Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen.

Dann kam das Krisenjahr 1923. Französische und belgische Truppen besetzten vor dem Hintergrund deutscher Zahlungsverzögerungen das Ruhrgebiet. In Sachsen und Thüringen bereiteten die Kommunisten einen „deutschen Oktoberaufstand“ vor. Im November versuchte Adolf Hitler, laut Goebbels „einer aus Niemandsland“, seinen Münchner Putsch. Zudem ächtete ganz Deutschland unter der Hyperinflation, bevor zum Jahresende die Währung völlig kollabierte. Kanzler Stresemann musste nach

einem Misstrauensvotum die gerade erst einernommene Regierungsspitze aufgeben; den nachfolgenden Kabinetten diente er als wirkungsmächtiger Außenminister, bis er 1929 mit nur 51 Jahren im Amt starb. In dieser Situation agierte die deutsche Politik widersprüchlich. Das Misstrauen vor allem der Franzosen fand neue Nahrung, weil Berlin per „Schaukelpolitik“ Avancen in Richtung Osten machte. Im Vertrag von Rapallo, den Walther Rathenau, Außenminister unter Kanzler Josef Wirth, im April

1922 hinter dem Rücken der Westmächte mit Moskau ausgehandelt hatte, verzichtete Deutschland und die Sowjetunion wechselseitig auf alle Ansprüche. Damit hielten sich die beiden Paria des Staatengemeinschaft den Rücken frei. Rapallo wurde als Infragestellung von Versailles gelesen, spielte den damals besonders anti-deutsch operierenden Franzosen in die Hände und wurde darum von Stresemann mit Skepsis gesehen. Nur zwei Monate nach der Vertragsunterzeichnung wurde Rathenau von Rechtsextremen ermordet.

Eine Zeitenwende schien erreicht, als 1924 in Frankreich eine deutschfreundlichere Regierung unter dem Radikalsozialisten Edouard Herriot an die Macht gelangte. Stresemann und Aristide Briand, der Außenminister Herriots, leiteten eine deutsch-französische Verständigungspolitik ein. Sie mündete im Oktober 1925 im schweizerischen Tessin in die Verhandlungen zu den Locarno-Verträgen. Neben Berlin und Paris vereinbarten darin England, Belgien, Italien sowie Polen und die Tschechoslowakei den territorialen Status Quo im Westen und in Südeuropa. Im Klartext verzichtete das Deutsche Reich damit auf Elsass-Lothringen und Frankreich auf das linke Rheinufer. Hingegen gab Stresemann den deutschen Anspruch auf eine Grenzrevision im Osten nicht auf. Deutschland verpflichtete sich jedoch, dazu auf Gewalt zu verzichten.

„Von Locarno aus muss ein neues Europa entstehen“, mahnte Briand. Aber der „Geist von Locarno“ erwies sich nicht als dauerhaft. Schon der inhaltlich eher dürftige Berliner Freundschaftsvertrag von 1926 mit der UdSSR sorgte im Westen für erneute Irritation. Deutschland wollte Moskau versichern, dass Locarno die Vereinbarung von Rapallo nicht tangiere. Nicht nur in Paris wurde diese Geste als Fortsetzung der deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West verstanden. Zunächst allerdings führte Locarno zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926. Briand und Stresemann erhielten im selben Jahr gemeinsam den Friedensnobelpreis.

**Briand-Kellogg-Pakt** Die logisch anmutende Folge war am 27. August 1928 der zunächst von elf Nationen in Paris unterzeichnete und später von 60 Regierungen ratifizierte Briand-Kellogg-Pakt, benannt nach dem französischen Außenminister und seinem US-Kollegen Frank B. Kellogg. Er erklärte Angriffskriege für völkerrechtswidrig. Briand hatte zunächst einen derartigen Vertrag zur Ächtung der Gewalt als „Instrument der nationalen Politik“ nur mit den USA schließen wollen. Stresemann drängte erfolgreich darauf, das Deutsche Reich und andere Länder in den Kreis der Signatarstaaten aufzunehmen, um ein französisch-amerikanisches Sonderverhältnis zu verhindern. Zeitgleich begannen die Vorbereitungen für den zum 1. September 1929 in Kraft gesetzten Young-Plan, der die deutschen Reparationsverpflichtungen aus dem Dawes-Plan (1924) reduzierte und Deutschland seine finanzpolitische Souveränität zurückgab. Zugleich räumte Frankreich das Rheinland weit vor der in Versailles vereinbarten Frist. Doch dann waren die „Goldenen Zwanziger Jahre“ vorbei. Der „Schwarze Donnerstag“ im Oktober 1929 an der New Yorker Börse sorgte für Panik. Amerikanische Banken riefen ihre Kredite aus Deutschland und Frankreich zurück. In Asien ließ die Mandschurei-Krise des Jahres 1931 den bevorstehenden japanisch-chinesischen Krieg erahnen. Auch in Europa kehrten die alten Geister zurück auf die Bühne. Paris blockierte eine deutsch-österreichische Zollunion und London wertete den Sterling ab, um Handelsvorteile zu erreichen. Die Zeit der Utopien war vorbei, die Ideologien traten an ihre Stelle. In Deutschland sollte es nur noch zwei Jahre bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten dauern.

Angsar Graw II

Der Autor ist Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“ in Washington.

## Eine vom Krieg zerstörte Generation

**DEMOGRAFIE** Millionen gefallener Soldaten hinterlassen große Lücken in Wirtschaft und Gesellschaft. Die grausamen Erfahrungen der Kriegsgeneration als Mahnung

Resignation war Stanley Baldwin anzumerken, als er in den 1930-er Jahren auf einer exklusiven Versammlung in Cambridge sprach. Wenn es gelte, Spitzenpositionen in Staat und Gesellschaft adäquat zu besetzen, so der britische Premierminister, spüre man die Lücke, „die von der Million gefallener Männer unseres Landes hinterlassen wurde“. Sein Publikum teilte diese Beurteilung. Man müsse sich darüber im klaren sein, sagte einer der Zuhörer, dass die Überlebenden oft mehr erreichten, als ihnen unter normalen Bedingungen zustünd.

Von der „verlorenen Generation“ des Ersten Weltkriegs zu sprechen, hieß für die Zeitgenossen daher zunächst, seine Opfer in den Blick zu nehmen. Jeder achte Mann, der eine Uniform angezogen hatte, war nicht zurückgekehrt. Neun Millionen Tote hatte der Krieg auf beiden Seiten gefordert, die allermeisten von ihnen waren Angehörige der jungen oder mittleren Generation gewesen. Als nicht minder bedrückend musste die unüberschaubare Zahl von Verwundeten gelten, die dauerhafte Schäden davongetragen hatten. Allein in Deutschland wurde ihre Zahl auf 2,7 Millionen beziffert. Mochte

die Statistik auch unbarmherzig ausweisen, dass infolge des Bevölkerungswachstums dieser Zeit dennoch nicht von einem „Mangel an jungen Männern“ gesprochen werden konnte: Die öffentliche Wahrnehmung war eine andere, gab es doch kaum eine Familie, die nicht Tod oder Verwundung von Angehörigen zu beklagen hatte.

**Grausame Erfahrungen** Vom Krieg gezeichnet waren aber auch jene, die ihn körperlich unversehrt überstanden, zumal wenn sie an den unerbittlichen Materialschlachten in den Stellungen Nordfrankreichs oder Belgiens teilgenommen hatten. Erich Maria Remarques Vorbemerkung zu seinem internationalen Bestseller „Im Westen nichts Neues“ traf daher die Stimmungslage zahlreicher ehemaliger Soldaten: Ohne Anklage und Bekenntnis gelte es, „über eine Generation zu berichten, die vom Kriege zerstört wurde – auch wenn sie seinen Granaten entkam“. Die grausamen Erfahrungen, die in den Schützengräben gesammelt wurden, standen in einem ernüchternden Widerspruch zu den naiven heroischen Illusionen, mit denen die Soldaten



Krieg ohne Illusionen: Verwundeter Soldat 1915 im Berliner Virchow-Klinikum

in den Kampf gezogen waren. Remarque rang nicht, im Gegensatz zur nationalistischen Kriegsliteratur dieser Zeit, um einen vermeintlich höheren Sinn in dem als sinnlos empfundenen Geschehen, und er stellte

sich auch nicht der Frage, wie es zu ihm hatte kommen können und wie derartiges in Zukunft zu verhindern wäre, was ihm Kritik von linker und pazifistischer Seite einbrachte. Statt dessen dokumentierte er, wie Solda-

ten auch in einer Ausnahmesituation eben nicht zu Ausnahmemenschen wurden, sondern litten, abstumpften, zerbrachen und starben. Damit kam er der tatsächlichen Stimmung an den Fronten nahe, die auch bereits die Führung des Kaiserreiches alarmiert konstatierte und beispielhaft von der Postüberwachungsstelle der 6. Armee im September 1918 festgehalten wurde: „Das Interesse des Einzelnen am Kriege ist in den Hintergrund getreten; der Mann steht fast durchgehend auf dem Standpunkt: ‚Ich drücke mich von der Front – so gut ich kann!‘“ Zahlreiche Schriftsteller haben wie Remarque der „verlorenen Generation“, den Toten wie den Überlebenden, erzählerische Denkmäler gesetzt, indem sie sich um eine ungeschönte Darstellung des Geschehens mit seiner makabren Absurditäten bemühten – zu den prominentesten zählten Arnold Zweig und Erich Kästner in Deutschland, Henri Barbusse und Louis-Ferdinand Céline in Frankreich sowie Ford Madox Ford, John Dos Passos und Ernest Hemingway im angelsächsischen Sprachraum. Die Fülle dieser literarischen Zeugnisse kann je-

doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Gefühl, einer speziellen Generation anzugehören, die durch traumatische Kriegserfahrungen geprägt und der Friedensgesellschaft nachhaltig entfremdet sei, auf eine Minderheit beschränkte, die daraus zudem höchst gegensätzliche Schlussfolgerungen zog. Das Klischee des Frontkämpfers, der seinen Platz im zivilen Leben nicht mehr finden kann, entspricht nicht dem, was die sozialgeschichtliche Forschung als Normalfall ausweist. Auch in Deutschland, das immerhin den Krieg verloren hatte und durch politische Wirren und wirtschaftliche Probleme heimgesucht wurde, fand das Gros der Kriegsheimkehrer rasch Anschluss an den Alltag des Erwerbs- und Familienlebens.

Peter Boßdorf II

Der Autor ist Journalist in Bonn.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



### Russland: Neubewertung des imperialistischen Krieges

In Russland wie auch zuvor in der Sowjetunion galt der Erste Weltkrieg bisher als imperialistischer Krieg. Er spielte eine äußerst untergeordnete Rolle, überschattet von der Revolution im Herbst 1917 und dem darauf folgenden Bürgerkrieg. „Wir haben bisher unseren damaligen Gegnern die Sichtweise auf den Krieg überlassen“, sagte Wadim Lapunow, Moderator einer Konferenz zu dem Thema im russischen Außenministerium. „Das wird sich ändern.“

Eine Neuinterpretation deutet sich seit längerem an. Wohl nicht zufällig hat Präsident Wladimir Putin in seiner diesjährigen Rede zur Lage der Nation den Ersten Weltkrieg erwähnt. Zu sehen ist die Veränderung auch im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlsdorf. Bisher begann die Dauerausstellung mit der Revolution von 1917. Seit kurzer Zeit steht 1914 auf der Zeitleiste. Der Text beginnt aber nach wie vor mit dem Separatfrieden von Brest-Litowsk 1918. Begründet wird das nicht. „Russische Historiker haben Angst vor solchen Diskussionen“, sagt Museumsleiter Jörg Morré. Russische Geschichtsschreibung wird traditionell vorgegeben. Damit das so bleiben möge, gibt es seit 2009 beim Präsidenten eine Kommission „zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“. „Sie tritt zwar kaum in Erscheinung“, sagt Morré, „doch die Botschaft ist klar: Staatlicherseits wird aufgepasst.“

Um aus dem imperialistischen Krieg des zaristischen Russlands den Ersten Weltkrieg zu machen, muss die Geschichte umgeschrieben werden. In welche Richtung das gehen kann, sagt Andrej Nasarow von der Russischen militär-historischen Gesellschaft: „Die Lehre aus dem Ersten Weltkrieg lautet, dass ein multinationales Volk unbesiegt ist, wenn es geeint ist.“ Und: „Russland ist ein Beispiel für das Zusammenleben unterschiedlicher Völker.“ Es geht darum, Helden zu schaffen, die für das Vaterland gestorben sind – auch wenn das Vaterland damals ein anderes war. Viele erfolgreiche Generäle der Zarenarmee kämpften im anschließenden Bürgerkrieg auf der Seite der Weißen gegen die Bolschewisten – und galten aus sowjetischer Sicht als Volksfeinde. Auch die Sicht auf die Zarenfamilie steht zur Disposition, ihre Rehabilitierung wird bereits seit längerem betrieben. 2013 war das Jahr der Romanows, es gibt Ausstellungen und der Kreller ließ einen aufwendig gestalteten Kalender verteilen.

Im August 2014 wird in Russland das erste Denkmal für den Ersten Weltkrieg eröffnet. Den Ersten Weltkrieg zu heroisieren, heißt aber auch, die Revolution von 1917 in der Wahrnehmung zu schwächen und sich zum Zaren und zu den Weißen zu bekennen. Und das wirft ein Licht auf das nächste hundertjährige Jubiläum, die Revolution von 1917. „An die“, meint Morré, „werden dann wahrscheinlich nur noch ein paar Altbolschewiken erinnern.“

Thomas Franke

### Frankreich: Blick ins Familienarchiv

In jedem französischen Dorf steht vor dem Rathaus oder gegenüber der Kirche ein Denkmal, das die Namen der im Ersten Weltkrieg gefallenen Söhne trägt. Es sind nicht Krieger- oder Heldenstatuen, sondern Mahnmale zum Gedenken an die Opfer. Viel nachhaltiger als der Zweite Weltkrieg hat der Krieg von 1914-18 die französische Nation und ihren Wunsch nach Frieden in Europa geprägt. Bis heute ist von der „Grande Guerre“, dem „Großen Krieg“, die Rede, von dem man in Frankreich 1918 voller (leider irriger) Hoffnung sagte, es müsse das letzte Mal gewesen sein, dass Frankreich und Deutschland gegeneinander ins Feld ziehen.

Wie sehr die Franzosen an der Erinnerung an diesen sieg- aber auch verlustreichen Krieg hängen, zeigt der Feiertag am 11. November aus Anlass des 1918 in Compiègne unterzeichneten Waffenstillstands. Entsprechend

# Im Westen und Osten auch Neues

**ERINNERUNG** Die Nationen pflegen ihr jeweils eigenes Bild vom Ersten Weltkrieg



Gedenken an die Schlacht von Fromelles, bei der australische Soldaten an der Seite der Franzosen kämpften und fielen.

groß ist der Platz, der nun den Hundertjahres-Gedenken 1914-2014 eingeräumt wird. Damit es nicht nur eine rein offizielle Veranstaltung bleibt, haben die Departementsbehörden die Familien ermuntert, die persönlichen Erinnerungsstücke wie Fotos, Zeichnungen, Briefe oder Tagebücher ihrer mobilisierten Vorfahren archivieren zu lassen. Die Einladung stieß bisher auf großes Echo, und die Historiker bekommen Einsicht in eine ungeahnt große Menge von bisher unzugänglichen Dokumenten über den Kriegsaltag.

Den Beginn zum offiziellen Gedenken machte Präsident François Hollande bereits am 11. November dieses Jahres, der Tag, der vor 95 Jahren das Ende des Blutvergießens besiegelte. Hollande sagte, das Gedenken müsse ebenso zur „Erneuerung des Patriotismus“ wie als „Botschaft des Friedens“ dienen. Drei Daten ragen aus der Vielzahl der Veranstaltungen in Europa heraus: Am französischen Nationalfeiertag, dem 14. Juli, werden bei der traditionellen Militärparade auf der Avenue des Champs-Élysées freund-

schaftlich vereint Einheiten von Uniformierten und Zivilisten aus den 71 am „Großen Krieg“ beteiligten Staaten teilnehmen. Ein zweiter Höhepunkt wird der 3. August sein, das Datum der Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Frankreich, an das eine gemeinsame Friedensfeier von Hollande und Bundespräsident Joachim Gauck erinnern soll. Als möglicher Treffpunkt wird der „Menschenfresserberg“ am Hartmannsweilerkopf im Elsass erwogen. Am 12. September werden in Reims aus Anlass des Jahres-

tags der Schlacht an der Marne Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Russland gemeinsam ihrer Toten gedenken. Rechtzeitig vor dem 100. Jahrestag der Schicksalschlacht bei Verdun wird auch 2016 das dortige Memorial nach einer Renovierung wieder eröffnet. Es darf seit der Einweihung 1967 als eines der wichtigsten Museen zum Ersten Weltkrieg in Europa gelten. Schon seit Monaten wird in französischen Medien die Erinnerung aufgefrischt, für 2014 ist vom staatlichen Fernsehsender France-2

auch eine Serie von Dokumentarfilmen mit dem Titel „Die Apokalypse des Ersten Weltkriegs“ angekündigt. Da die Franzosen sich leidenschaftlich für die Geschichte im Allgemeinen und für jene der „Grande Guerre“ ganz besonders interessieren, dürfte der historische Nachhinein auf großes Echo stoßen.

Rudolf Balmer

### Serbien: Aufwertung eines Attentäters

Schon bei den Vorbereitungen zum Gedenken an den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs-Ausbruchs sieht Serbien sich einmal mehr in der Rolle des ungerecht behandelten Opfers. Ob Staatspräsident Tomislav Nikolic, Regierungschef Ivica Dacic oder namhafte Historiker: „Jeder Versuch, Serbien als den Schuldigen für den Ersten Weltkrieg auszumachen, ist eine Verbiegung und der Revision der Geschichte“, wird pausenlos gewarnt. Vor allem wird kritisiert, dass der serbische Nationalist Gavrilo Princip, der mit seinem tödlichen Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand 1914 in Sarajewo die Julikrise auslöste, mit Osama Bin Laden verglichen werde. Belgrad sieht seinen Landsmann nicht als Terroristen, Mörder und Attentäter, sondern als glühenden Patrioten und Freiheitskämpfer.

So weist zum Beispiel der Doyen der serbischen Geschichtswissenschaft, Akademienmitglied Milorad Ekmecic, Princip eine überragende Bedeutung zu: „Der Kampf Serbiens für die Freiheit 1914-1918 ist das gigantische Ringen eines kleinen Landes mit dem übermächtigen Feind und ein Beispiel für das selbstlose Aufopfern für die Freiheit und die Freiheit seiner Brüder, die sich später unendlich dankbar gezeigt haben.“ Der Journalist Muharem Bazdulj setzt noch eins drauf: Princip Attentat sei für die damaligen europäischen Großmächte eine Art bedrohliche Ankündigung der „Befreiung aller unterworfenen und besetzten Teile dieser Welt“ gewesen.

Weil vor allem die Kriegsverlierer Deutschland und Österreich gemeinsam mit Frankreich die Geschichte angeblich neu schreiben und die Aggressoren reinwaschen wollen, boykottiert das offizielle Serbien weitgehend die im Juni in Sarajewo geplanten Gedenkveranstaltungen. So nehmen die wichtigsten Institute des Landes nicht an der großen Historikerkonferenz teil. Stattdessen soll eine Gegenveranstaltung vor allem mit russischen Historikern im bosnischen Museumsstädten Andricgrad organisiert werden. Der bosnisch-serbische Regisseur Emir Kusturica hat einen Dokumentarfilm angekündigt, der „die ganze Wahrheit“ zeigen soll.

Die Diskussion in Serbien wird von aktuellen politischen Inhalten überlagert. Einige Historiker wie Milan Ristic behaupten, das Ausland stelle eine Verbindung vom Attentat in Sarajewo zu den Bürgerkriegen beim Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren her. Wie beim Ersten Weltkrieg seien für viele in Westeuropa die Serben die Hauptschuldigen für die vielen Kriege. Wenn man also die Beschuldigungen beim Ersten Weltkrieg zurückweisen könne, habe man auch bessere Karten bei der geschichtlichen Aufarbeitung der 1990er Jahre.

Warum das Ausland Serbien so ungerecht behandelt, erklärt sich der Belgrader Historiker Dragoljub Zivojinovic so: Die EU wolle ihre Mitglieder aussöhnen und keine alten Wunden aufreißen. „Daher muss die Verantwortung auf jemand anderen abgewälzt werden: Schuldig können nur die Russen und die Serben sein“, meint der Wissenschaftler. Doch eine Strategie des Staates oder der Wissenschaften zur Untermauerung der serbischen Position gibt es nicht. Dem wirtschaftlich schwer angeschlagenen Land fehlt schlicht das Geld dazu.

Thomas Brey

Thomas Franke und Rudolf Balmer berichten als freie Korrespondenten aus Russland beziehungsweise aus Frankreich.

Thomas Brey ist Leiter des Balkanbüros der Nachrichtenagentur dpa in Belgrad.

## Als die Bilder das Grauen lehrten

**KINO** Der Film zeigte bereits früh die Schrecken des Ersten Weltkriegs – und wurde ebenschnell für die Propaganda instrumentalisiert

Filme über den Ersten Weltkrieg entstehen bereits, bevor dieser überhaupt begonnen hat. Alfred Machins „Verflucht sei der Krieg“ (1914) zeigt mit seiner unerhörten realistischen Darstellung einen Luftkrieg, den die Zeitgenossen bis dahin noch gar nicht kennen. Und er zeigt, wie aus befreundeten Militärfliegern verschiedener Nationen über Nacht Gegner werden, weil ihre Staatsführungen einen Krieg vom Zaun brechen. Was Machin noch inszeniert, wird kurz darauf reale Kulisse. Geoffrey H. Malins dreht „The Battle of the Somme“ im Sommer 1916 direkt an der Front und schockiert mit Aufnahmen von Soldaten, die von den Strapazen des Kampfes gezeichnet sind.

Malins kritische Distanz gehört zu den Ausnahmen – die damaligen Filme dienten dem Propagandakampf, oder sie wurden, wie Machins „Verflucht sei der Krieg“ von 1914,

zweckfremd und umgeschnitten. Auf allen Seiten wurde vom Kriegstaumel berichtet, die Schrecken rückten die Filmer kaum ins Bild.

**Zensur** Es sind zunächst Schriftsteller wie Arnold Zweig, Leonard Frank oder Leon Feuchtwanger, die sich der Katastrophen auf den Schlachtfeldern annehmen (siehe auch Seite 13). Der Spielfilm zieht nach. Georg Wilhelm Pabst dreht 1930 „Westfront 1918“ um die Erlebnisse von vier Soldaten im Grabenkrieg. Im April 1933 verbietet die nationalsozialistische Zensur das Drama, da es den Krieg „übertrieben realistisch“ darstelle und den „Verteidigungswillen des Volkes“ untergrabe. Das gleiche Schicksal ereilt Ernst Lubitschs „Der Mann, den sein Gewissen trieb“, 1932, um einen französischen Soldaten, der sich nach dem Krieg in eine Deutsche verliebt. Gegen Lewis Milestones Adaption von Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“, der die Desillusionierung einer kampfbereiten Gruppe von Schulkameraden zeigt, schlagen 1930 Joseph Goebbels und NSDAP-Anhänger vor den Kinos Krawall. Das führt wiederum zu einem vorü-



Ausschnitt aus der Verfilmung von Remarques „Im Westen nichts Neues“

bergehenden Verbot durch die Filmprüfstelle, die mit ihrer Begründung gar nicht hinter dem Berg hielt: Der Film habe eine „ungehemmte pazifistische Tendenz“. 1931 gekürzt und zensiert wieder zugelassen, ziehen

ihn die Nationalsozialisten 1933 dann endgültig aus dem Verkehr. Doch auch das Produktionsstudio zeigt wenig Respekt vor dem Werk. Bis in die 1950er Jahre kommt es in verschiedenen veränderten Fassungen he-

raus, die den Gehalt des Films bis in sein Gegenteil verkehren.

Zu den kritischen Stimmen der frühen Tonfilmzeit gehört „Die Somme. Das Grab der Millionen“, 1930. Regisseur Heinz Paul kombiniert deutsche, französische und englische Originalaufnahmen von der verlustreichsten Schlacht des Kriegs, stellt Frontergebnisse nach und ergänzt dies mit Spielszenen um eine Familie – ein Stilmittel, ohne das heute kaum eine Dokumentation auskommt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg bleiben die Gräueltat der Jahre 1914 bis 1918 ein Thema. Sie prägen bis heute das Bild dieses Krieges. Hollywood thematisiert monumental die Schlachten, Stanley Kubrick inszeniert 1957 „Wege zum Ruhm“. Die Filmstudios rücken nun zunehmend außereuropäische Schauplätze ins Rampenlicht, so in „Lawrence von Arabien“ und „African Queen“. An den Völkermord an den Armeniern erinnert Atom Egojan in „Ararat“. Im Osten Deutschlands idealisiert die DEFA den Kampf des Sozialdemokraten Karl Liebknecht gegen den Krieg in „Trotz Alledem“. Das Biopic steht neben Titeln wie „Das Lied

der Matrosen“ um den Ausbruch der Novemberrevolution als Ergebnis des Krieges. „Die Frau und der Fremde“ von Rainer Simon basiert auf Leonard Franks „Anna und Karl“. Dieser DEFA-Film wird bei der Berlinale 1985 mit dem Goldenen Bären geehrt. Aus Anlass der 100. Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs ist er in digitalisierter Fassung neu aufgelegt worden.

**Inmitten des Wahnsinns** Im Westen Deutschlands streifte Margarethe von Trotta das Thema in „Rosa Luxemburg“. Und auch nach dem Fall der Mauer finden sich nur wenige Filme rund um die Ereignisse des Ersten Weltkriegs. Matthias Schweighöfer glänzt in „Der rote Baron“ als Flugpionier Manfred von Richthofen. Diane Kruger und Benno Fürmann sind die Stars in „Merry Christmas“, der nach wahren Begebenheiten entsteht. Mitten im Kampfgetümmel verbrüdernd sich zu Weihnachten 1916 deutsche, französische und britische Soldaten zu einem kleinen Waffenstillstand inmitten des Wahnsinns.

Katharina Dockhorn/ha

Die Autorin ist freie Film-Journalistin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Die zögerlichen Deutschen

**GEDENKEN** Die Bundesregierung hält sich beim Thema Weltkriegs-Jubiläum bislang zurück. Immerhin hat Präsident Gauck inzwischen einige Auftritte zur Erinnerung an 1914 festgelegt. In Deutschland gibt es dazu schon etliche Ausstellungen

Schwieriges Terrain“ sei das Ganze mit dem Erinnerungsjahr 2014, sagt Stefan Martens, stellvertretender Direktor beim Deutschen Historischen Institut in Paris. Das Institut ist einer der deutschen Partner bei den französischen Vorbereitungen zum Jahrhundert-Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Während Frankreich unter staatlicher Regie das Gedenken professionell vorbereitet, tut sich in Deutschland von offizieller Seite vergleichsweise wenig. Im federführenden Auswärtigen Amt (AA) wurde zu Jahresbeginn der Diplomat Andreas Meitzner zum „Sonderbeauftragten für die Gedenkveranstaltungen zum Beginn des Ersten Weltkrieges“ ernannt. Er ist für die internationale Koordinierung des Gedenkens zuständig. Die bisherige amtliche Zurückhaltung hat nicht nur mit dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik zu tun, sondern vor allem mit der Bundestagswahl und der danach schleppenden Regierungsbildung. Von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) habe es bis zuletzt „keine klaren Vorgaben gegeben“, moniert ein enttäuschter deutscher Geschichts-Professor. Erst vom Nachfolger Frank-Walter Steinmeier (SPD) werden regierungssamtliche Impulse zum Gedenkjahr erwartet. Ob es wieder eine große deutsch-französische Geste gibt wie 1984, als sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Präsident François Mitterand über den Gräbern von Verdun eindrucksvoll die Hand reichten, bleibt abzuwarten. Der Deutsche Bundestag wird sich jedenfalls im kom-

menden Jahr, womöglich mit internationaler Beteiligung, am Gedenken beteiligen.

**Paris prescht vor** Vor allem die Franzosen, die an den „Großen Krieg“ immer wieder „sinnstiftend“ erinnern und aus der „Kraft der Vorfahren“ (so Staatspräsident François Hollande) 2014 neue Stärke gewinnen wollen, streben bei ihren Feiern deutsche Beteiligung an. Immerhin hat Bundespräsident Joachim Gauck einige Auftritte bekanntgegeben. Am 3. August trifft sich Gauck mit Hollande im elässischen Hartmannswillerkopf, wo im Kampf um eine Bergkuppe zehntausende Deutsche und Franzosen im Weltkrieg fielen. Auch mit dem belgischen König Philippe kommt der Bundespräsident zusammen. Am 4. August 2014 ist in Lüttich ein multinationales Treffen geplant. Am gleichen Tag könnte es auch eine Veranstaltung mit Königin Elisabeth II. und Gauck in England geben. Auch die Russen erwägen eine internationale Zusammenkunft in St. Petersburg. Für den Bundespräsidenten und die Bundesregierung ist der Erste Weltkrieg aber nur ein politisch-historisches Jubiläum, das man im kommenden Jahr Blick hat. Denn 2014 wird auch des 75. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Europa gedacht und des Wendebeginns in der DDR und in Osteuropa vor 25 Jahren. Bislang hat die deutsche Regierung das Thema Erster Weltkrieg eher tief gehängt. „Sinnstiftende“ Deutungen wie in Frankreich, England, Belgien und anderen Siegerstaaten, wo der Erste Weltkrieg im Zentrum nationaler Er-



Der Erste Weltkrieg als Ausstellungsthema: In der Bundeskunsthalle in Bonn mit einem Selbstbildnis von Max Beckmann als Krankenpfleger 1915 (links) sowie einem bemalten Stahlhelm (oben rechts) und einem Buch im Deutschen Literaturarchiv in Marbach



innerung steht, sind beim Kriegsverlierer nicht möglich. Ist mit dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, so der US-Historiker George F. Kennan, doch hierzulande auch Versailles, das Scheitern der Weimarer Republik und letztlich die Hitler-Diktatur und der Zweite Weltkrieg verknüpft. Vor allem die viel größere Katastrophe des Zweiten Weltkriegs 1939-1945 und die nationalsozialistischen Verbrechen, in Deutschland stets präsent gehalten, haben andere Epochen wie das Geschehen des Ersten Weltkriegs in den Schatten gedrängt. Folglich kann man in Deutschland mit der aktiven Erinnerungspolitik anderer Länder an 1914-1918 nur wenig anfangen. Darüber empören sich Historiker wie Professor Gerd Krumeich, Kenner des Ersten Weltkriegs und einziger Deutscher im Expertenkreis des Pariser Verteidigungsministeriums für die Vorbereitung der französischen Gedenkfeiern. Er wirft den Deutschen Desinteresse vor, das er für eine „Dummheit“ hält. Krumeich: „In Frankreich, Belgien oder England kann man die Haltung deutscher Diplomaten oder Politiker nicht verstehen, wenn diese fragen, was denn so schlimm daran sei, wenn die Deutschen bei den Feiern nicht dabei sind.“ An einem Engagement komme die deutsche Regierung aber nicht vorbei. Krumeich rät der Bundesregierung, ak-

tiv am Diskurs zur Geschichte des Ersten Weltkriegs als „wichtigen Teil der Erinnerung im heutigen Europa“ teilzunehmen. Der Berliner Geschichts-Professor Oliver Janz sieht dagegen die Regierung weniger in der Pflicht, sich auf zwischenstaatlicher Ebene mehr zu engagieren. Deutschland als „europäischste der Nationen“ solle aber initiativ werden, die nationalen Erinnerungen an 1914 bis 1918 „als globale Erinnerung zusammenführen“. Immerhin hat am 14. November im Bundesaußenministerium unter der Regie von Botschafter Meitzner ein Treffen mit Vertretern von 20 „Institutionen der Zivilgesellschaft“ stattgefunden – vom Goethe-Institut, dem Deutschen Historischen Museum bis hin zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge oder Militärhistorischen Museum der Bundeswehr. Dabei tauschte man sich über die eigenen Initiativen aus. Das Treffen in Berlin zeigte die vielen Akzente, die diverse Institutionen hierzulande schon gesetzt haben bzw. für 2014 setzen. Im kulturföderalen Deutschland sind für solche Veranstaltungen in erster Linie die Länder, Kommunen, Kirchen sowie die einzelnen Organisationen und Institute vor Ort zuständig.

**»In Frankreich oder Belgien kann man die deutsche Haltung nicht verstehen.«**

Gerd Krumeich, Historiker

**Westerwelles Auftritt** Zum Auftakt des Gedenkens hatte Guido Westerwelle in der Bun-

deskunsthalle in Bonn Anfang November die Ausstellung „1914 – Avantgarden im Kampf“ eröffnet. In ihr wird gezeigt, wie Künstler auf das Geschehen vor 100 Jahren eingingen. In seiner Rede entfaltete der Außenminister ein Narrativ vom „Schrecken der großen Materialschlachten“ 1914-1918 über den „Vernichtungskrieg“ des nationalsozialistischen Deutschlands 1939-1945 und der anschließenden Teilung Deutschlands bis hin zu den „friedlichen Revolutionen“ ab 1989 und der heutigen EU als „Friedensunion nach innen und außen“. Eine solche Erzählweise ist aber nicht überall unumstritten, wie auch in der Expertenrunde im November im Auswärtigen Amt eingeräumt wurde. Vor allem in Großbritannien wird die in Berlin propagierte „sinnstiftende“ Einbettung des Ersten Weltkriegs ins Ziel der europäischen Integration nicht überall geteilt. Im August hatten deutsche Diplomaten in London noch den Sieg feiern, nicht herauszustellen, wer den Krieg gewonnen oder wieviel Schuld daran habe, sondern die rund 15 Millionen Opfer aller Nationen zu betonen. In Großbritannien will man aber auch heute noch den Sieg feiern. Der britische Historiker Hew Strachan sagt: „Viele Menschen haben im Glauben gekämpft, dass es lohnenswert ist. Wir müssen diese Motivation respektieren.“ Im Bundesaußenministerium wird konzediert, „dass jede Nation ihre eigene Sicht auf den Weltkrieg haben darf, aber eben auch auf Deutsche“, sagt Außenamts-Sprecher Holger Dreiseil.

Abseits solcher geschichtspolitischen Debatten ist deutschlandweit schon sehr viel zum Gedenken in Gang gekommen. Einiges läuft auf regionaler Ebene, so das vom Landesmuseum Bonn koordinierte Projekt „1914 – Mitteleuropa“. Das Rheinland und der Erste Weltkrieg“ des Landschaftsverbandes Rheinland. Hier gibt es zwölf Ausstellungen an verschiedenen Orten. Dem Krieg kann man sich auch durch Bücher nähern. Seit August läuft im Deutschen Literaturarchiv in Marbach die Ausstellung „August 1914“. Auch Europas Jugend soll auf vielen Veranstaltungen einbezogen werden, wie beim Jugendgeschichtscampus der Bundeszentrale für politische Bildung im Mai 2014 („Europe 14/18“) in Berlin. Auf einigen Historiker-Kongressen wurde hierzulande schon über den Ersten Weltkrieg diskutiert – 2014 stehen weitere Veranstaltungen an. Es gibt inzwischen auch bedeutende Online-Projekte. So arbeitet die Freie Universität Berlin unter Leitung von Professor Janz mit internationalen Partnern an einer umfassenden Enzyklopädie zum Ersten Weltkrieg. Die Staatsbibliothek Berlin will 2014 – ebenso in internationaler Kooperation – 400.000 wichtige Quellen aus dem Krieg online verfügbar machen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der im kommenden Jahr 60 internationale Workcamps auf Kriegsgräberstätten im In- und Ausland plant, hat bereits eine Internetplattform installiert. Es ist zum Gedenken auf breiter gesellschaftlicher Ebene schon vieles in Gang gekommen, die Politik dürfte bald folgen. **Hans Krump**

## Schwemme auf dem Büchermarkt

**LITERATUR** Zum Ersten Weltkrieg sind 2013 schon mehr als 180 deutschsprachige Publikationen erschienen. Der große Renner ist das Werk von Christopher Clark

Die Buchhandlungen werden mit Werken zum Ersten Weltkrieg überschwemmt. 2013 sind schon mehr als 180 deutschsprachige Bücher neu auf den Markt gekommen, davon die Hälfte in namhaften Verlagen. Weitere kommen im Jubiläumsjahr 2014 heraus. Bestseller mit mehr als 100.000 verkauften Exemplaren hierzulande ist das Werk „Die Schlafwandler“ (DVA, 896 S., 39,99 Euro) des australischen Historikers Christopher Clark. Es ist eine üppige Gesamtdarstellung des Kriegsausbruchs und endet mit den Kriegserklärungen Anfang August 1914. Preußenkennner Clark, der im englischen Cambridge lehrte, entfaltet mit seiner Erzählkunst das Panorama der nationalistischen Aufwühlungen auf dem Balkan. Sie waren durch die Bündnisverpflichtungen abzuwenden. Clark lehnt Schulddebatten ab. Kein Staat habe den Krieg unbedingt gewollt. Das ist ein Hieb gegen die hierzulande nachwirkende Sicht Fritz Fischers („Griff nach der Weltmacht“, 1961), wonach Deutschland die Hauptschuld trage. Gleichwohl ergibt sich aus Clarks Lektüre der Vorwurf an Russland, 1914 entschlossen die Signale auf Krieg gestellt zu haben. Im Gegensatz dazu ist der Wiener Historiker Manfred Rauschensteiner in „Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburger-

monarchie 1914-1918“ (Böhlau, 1.222 S., 45 Euro) der Auffassung, Österreich-Ungarn und vor allem sein Kaiser Franz Joseph I. hätten den Krieg nach dem Sarajewo-Attentat gewollt. Dies in einer Endzeitstimmung im von zentrifugalen Kräften bedrängten Habsburgerreich mit seiner sich stets verschlechternden außenpolitischen Lage. Eine umfassende Darstellung des Geschehens liefert Herfried Münkler im Werk „Der Große Krieg“ (Rowohlt, 905 S., 29,95 Euro). Der Berliner Imperialismus-Experte sieht die Schuldfrage ähnlich wie Clark. Imperialismus habe es bei allen Großmächten vor 100 Jahren gegeben. Sehr anschaulich schildert Münkler das blutige Kriegsgeschehen, häufig wechselnd von den Plänen der Generale und den Erlebnissen der einfachen Soldaten. Der Politikwissenschaftler zeigt eindringlich, dass nur durch das Verstehen dieses in Deutschland fast schon vergessenen Krieges die folgenden Dramen zu begreifen ist. Vier Großreiche gingen 1918 in Berlin, Wien, St. Petersburg und Konstantinopel unter, die USA und die Sowjetunion betraten die Weltbühne, das Zeitalter der Ideologien und Diktaturen begann, was dann zu Stalin, Hitler und dem Zweiten Weltkrieg führte. Die globalen Dimensionen im Blick hat auch Oliver Janz in „14 – Der große Krieg“ (Campus, 415 S., 24,99 Euro). Der Berliner Historiker zeigt, dass der Krieg 1918 noch nicht zu Ende war, sondern es bis heute Nachwirkungen im Nahen und Mittleren Osten gibt. Den

Krieg aus deutscher Sicht präsentieren die Historiker Gerhard Hirschfeld und Gerd Krumeich in ihrem Werk „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ (S. Fischer, 336 S., 24,99 Euro). Sie verweisen darauf, dass die Mehrheit der Deutschen 1914 überzeugt war, Deutschland führe einen legitimen Verteidigungskrieg. Das Besondere am Buch ist das authentische Bild, das Briefe, Tagebucheinträge und Zeitzeugenberichte über das Geschehen vermitteln. Den Krieg aus britischer Sicht beschreibt der US-Journalist Adam Hochschild in „Der



Bestseller-Autor Christopher Clark

Große Krieg“ (Klett Cotta, 525 S., 26,95 Euro). Es ist ein eher romanhaftes Buch mit vielen Biografien handelnder Persönlichkeiten und weniger ein Sachbuch. Eine westeuropäische Sicht auf das Schlachtgeschehen vermitteln auch die französischen Historiker Bruno Cabanes und Anne Duménil in ihrem Buch „Der Erste Weltkrieg“ (Theiss, 480 S., 49,94 Euro). Die Anthologie internationaler Geschichtswissenschaftler vermittelt durch die vielen Bilder eine eindrucksvolle Vorstellung von den Schrecken des modernen Krieges. Mit der Frage, warum es in dem bis zur Erschöpfung geführten Ersten Weltkrieg keinen vorzeitigen Frieden gab, beschäftigt sich der Freiburger Historiker Hans Fenske im Buch „Der Anfang vom Ende des alten Europa – Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen“ (Olzog, 144 S., 19,19 Euro). Nachdem sich auf den Schlachtfeldern ein Patt abzeichnete, hätten nur die Mittelmächte ernsthaft Möglichkeiten gesucht, den Krieg durch Verständigung mit der Gegenseite zu beenden. Das kompromisslose Setzen auf Sieg durch die späteren alliierten Siegermächte sei „der Anfang vom Ende des alten Europa“ gewesen, meint Fenske. Wer mitten in die Schrecken – Kritiker werfen dem Autor vor: Faszination – des Krieges eintauchen will, kommt an Ernst Jüngers neu aufgelegten „In Stahlgewittern“ (Klett Cotta, 1245 S., 2 Bd., 68 Euro) kaum vorbei. Dieses „Tagebuch eines Stoßtruppführers“ an der

Westfront hat neben Erich Maria Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ (Kiepenheuer & Witsch, 368 S., 15 Euro) seit den 1920er Jahren wie kein anderes deutsches Buch das Bild vom Krieg weltweit mitgeprägt. Jüngers Werk kam bis 1978 in sieben Fassungen heraus. Die gemäß den politischen Konstellationen immer wieder angepassten Veränderungen wurden nun erstmals parallel sichtbar gemacht. Gedulden muss sich der Leser mit weiteren Büchern. Im Februar 2014 erscheint das Werk „Der Erste Weltkrieg“ von Brigitte Hamann (Piper, 192 S., 19,99 Euro), die die Propaganda und Irreführung im Krieg durch Politiker und Militärs untersucht hat. Ebenfalls im Februar kommen die Bücher von Olaf Jessen „Verdun 1916“ (C.H.Beck, 400 S., 24,95 Euro) und Jörn Leonhard „Geschichte des Ersten Weltkriegs“ (C.H.Beck, 1088 S., 29,95 Euro) heraus. Der Historiker Jörg Friedrich will in „14/18“ (Ullstein, 450 S., 24,99 Euro) einen „neuen unverstellten Blick“ auf die Katastrophe richten und schildern, wie das wirtschaftlich boomende Deutschland überall Neid auf sich gezogen habe. Das Buch erscheint im April 2014. **kru**

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014233  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**AUFGEKEHRT**

**Ein Selfie, bitte!**

Im Internet verbreitete Handy-Selbstporträts – „Selfie“ genannt und gerne unscharf und unvorteilhaft – sind unter Jugendlichen schon länger ein Hit. Einfach Arm ausstrecken, Faxen machen, drücken, posten: fertig. Aber jetzt wird alles noch viel besser. Während die „Selfies“ bei der netzaffinen Gemeinde schon wieder als nervig geschildert werden, haben Politiker die neue Form der Selbstvermarktung gerade erst entdeckt. Ist ja auch einfach, kostet nix, macht Spaß und wirkt volksnah. Schnell bei Twitter oder Instagram anmelden und schon lässt sich eine Art Arbeitsnachweis schnell global verbreiten. CDU-Vize Julia Klöckner hat den neuen politischen Vertriebsweg bereits erkundet. Der neue Kanzleramtsminister Peter Altmaier war am Rande der Koalitionsverhandlungen auch schon als „Selfie“ zu sehen, ebenso Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (beide CDU). US-Präsident Barack Obama sorgte unlängst gar für hitzige Debatten, als er bei der Trauerfeier für Nelson Mandela für ein „Selfie“ der dänischen Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt posierte, offenbar zum Ärger seiner Frau Michelle. Ob die „Selfies“-Strategie beim Wahlvolk einschlägt, bleibt abzuwarten. So wirklich fotogen sind die Leute auf den Schnappschüssen meist nicht, aber wo ein Handy ist, ist eben auch ein Weg. Und der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt: Vielleicht bekommen wir mal ein „Selfie“ vom Bischof in der Badewanne zu sehen oder eines von der Kanzlerin an der Supermarktkasse, womöglich eines vom Parteichef beim Ankreuzen in der Wahlkabine. Aber Vorsicht: Zu freizügige „Selfies“ haben in den USA schon Politikerkarrieren zerstört. So weit sollte es dann ja doch nicht kommen, volksnah hin, Wahlsieg her. *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 20 JAHREN ...**

**Umzug nach Berlin**

**24. Januar 1994: Allparteienrunde legt Zeitplan für Umzug fest** Als am Morgen des 10. Mai 2004 in der Bibliotheksrunde im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin der Betrieb aufgenommen wurde, fand der Umzug des Bundestages von Bonn an die Spree seinen endgültigen Abschluss. Zu dem Zeitpunkt lag der offizielle Arbeitsbeginn von Parlament und Regierung schon knapp fünf Jahre zurück: Seit September 1999 wurde Deutschland von Berlin aus regiert. Damit lag man voll im Zeitplan. Am 14. Januar 1994 hatte sich eine Allparteienrunde unter der Leitung von Kanzler Helmut Kohl (CDU) auf einen zeitlichen Rahmen für den Umzug geeinigt.



Der erste Zug mit Umzugsgut aus Bonn kommt 1999 in Berlin an.

An dem Gespräch nahmen neben dem Kanzler die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktionen – mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS – Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), Vertreter von Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bonn sowie die hauptbeteiligten Bundesminister teil. Das Ergebnis: Der Umzug soll zwischen den Jahren 1998 und 2000 vollzogen werden. Zweifel an dem Zeitplan hatte der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping. Falls er Kanzler werde, wolle er früher mit dem Umzug beginnen, kündigte er an. Auch die rote nordrhein-westfälische Landesregierung äußerte Bedenken. Doch Scharping wurde 1994 nicht Kanzler. Stattdessen begann man ab April 1998 den Ablauf des Umzugs zu planen. Zwischen dem 5. und 31. Juli 1999 rollten dann 24 Züge mit 50.000 Kubikmetern Umzugsgut des Bundestages vom Rhein an die Spree. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: DER ERSTE WELTKRIEG IN DER SCHULE**



Der Politik-Leistungskurs der 12. Klasse des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums in Berlin diskutiert über die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die heutige Jugend.

**»Alles Nachfolgende beeinflusst«**

Hätten sich die Jungs freiwillig gemeldet? Hätten sie ihr Notabitur abgelegt und wären, den Erste-Weltkriegs-Schlachtruf „Jeder Schuss ein Russ“, jeder Stoß ein Franzos“, jeder Tritt ein Britt“ rufend, jubelnd an die Front gefahren? Dass eine solche Stimmung, wie sie am Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 in Deutschland herrschte, auch heute noch möglich wäre, ist für Demian Romelli schwer vorstellbar. „Wir wissen einfach zu viel darüber, wir sind zu aufgeklärt.“ Seine Klassenkameradin Sophie Rühlich dagegen ist skeptischer: „Es finden sich heute garantiert noch Menschen, die für sowas empfänglich sind.“ Demian und Sophie besuchen beide den Politik-Leistungskurs der 12. Klasse des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums in Berlin. Zusammen mit ihrer Lehrerin und den anderen Schülerinnen und Schülern des Kurses diskutieren sie über die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für die heutige Jugend. Schließlich jährt sich der Krieg 2014 zum 100. Mal und vieles hat sich seitdem geändert. Der Ort für die Diskussion passt: Das Schulgebäude wurde 1915 gebaut, kurz nach Kriegsbeginn. Gründerzeitliche Architektur, dicke Steinmauern, breite Treppen und Flure.

Der Erste Weltkrieg ist für die 15 Jugendlichen erst einmal sehr weit weg. „Wir haben einfach nicht mehr einen so großen Bezug dazu, da er so lange her ist“, erklärt Demian. Einen weiteren Grund, warum der Krieg so weit entfernt erscheint, nennt Sophie: „Im Alltag werden wir weit mehr mit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert.“ Das setze sich auch im Unterricht fort, wie Mitschülerin Rebecca Hevêr sagt: „Der Zweite Weltkrieg wird wesentlich ausführlicher im Unterricht besprochen.“ Vielleicht auch, weil es hier einen individuelleren Zugang gebe. „Der Erste Weltkrieg beruht auf politischer Denke, ist abstrakter. Das ist auch schwerer zu vermitteln.“ Im Rahmenlehrplan Berlins wird der Erste Weltkrieg in der neunten Klasse behandelt, erklärt Lehrerin Edda Streichardt. Später werde das Thema noch einmal in der Oberstufe wiederholt. Das ist auch in anderen Bundesländern so, beispielsweise in Rheinland-Pfalz oder in Baden-Württemberg. Die Schüler sollen dabei die Bedingungen der historischen Zeit und ihre Bedeutung für die Gegenwart lernen. „Der Erste Weltkrieg ist ein ganz breites Thema“, sagt Streichardt, „ich steige immer beim Steckrübenwinter

1916/1917 ein und gehe dann zurück auf den deutsch-französischen Krieg und das Thema Nationalismus. Damit die Schüler verstehen, dass der Krieg nicht einfach aus dem Nichts heraus kam.“ Das wissen auch die Jugendlichen, wenn sie sich auch über die Kriegsgründe nicht einig sind. Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa, die „Erzfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich, die Rivalität zwischen Deutschland und Großbritannien auf dem Meer und konkurrierende Herrschaftssysteme werden aufgezählt. Über die Folgen des Krieges jedoch sind sie sich einig. „Er hat alles Nachfolgende beeinflusst“, fasst es Hannes Berwin zusammen. Von der Einführung der Republik, der Emanzipation der Frauen, über Entwicklungen in Kunst und Literatur bis hin zu den wirtschaftlichen und politischen Folgen des Versailler Vertrages, die in der Machtergreifung der Nationalsozialisten endeten – für die Schüler alles Folgen des Ersten Weltkrieges. Interessanterweise können sie sich anfangs nicht einigen, welcher der beiden Weltkriege schlimmer war, bis Sophie die Diskussion dazu irritiert beendet: „Die sind beide schrecklich gewesen, man kann doch keine Kriege abwägen.“ *Julian Burgert*

**LESERPOST**

**Leserbrief zur Ausgabe 49-51 vom 2.12.2013, „Operation Abwarten“ auf Seite 3:** Die wohl eher als flapsige Bemerkung gedachte Äußerung des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, das Grundgesetz werde auch am Hindukusch verteidigt, ist nicht nachvollziehbar und schlichtweg hanebüchen. Unter den derzeitigen Mitgliedern des Bundestages gibt es doch mit Sicherheit einige Reserveoffiziere. Es wäre für mich sehr gut vorstellbar, dass diese Herren ihr militärisches Wissen unseren Soldaten bei Auslandseinsätzen für einige Wochen zur Verfügung stellen, am besten in Frontnähe. Nach

solchen persönlichen Erfahrungen einiger Abgeordneter würden Bundestagsentscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr wahrscheinlich anders ausfallen. Weiterhin würde mich einmal die echte Bilanz solcher Einsätze interessieren. Wenn ich die Berichterstattung in den Nachrichten über die Einsätze und die Aussagen des aktuellen Verteidigungsministers noch einmal Revue passieren lasse, dann geht das militärische Ergebnis (sprich: Erfolg) gegen Null. Von den auf beiden Seiten entstandenen (Langzeit-) Schäden, und zwar in jeder Form, einmal ganz zu schweigen. *Gerhard Grünwald, Schwandorf*

**Leserbrief zur Ausgabe 49-51 vom 2.12.2013, Berichterstattung und Kommentierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr auf den Seiten 1-4:** Bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren zu wenig so gelaufen wie geplant wurde. Die Kosten, sowohl der militärische wie auch der zivile Blutzoll sowie die Dauer der Engagements waren in praktisch jedem Einzelfall höher, einschneidender und letztlich irreversibler als prophezeit. Darum freue ich mich über die breite Abdeckung dieses Themas in „Das Parlament“. Ich bin tief verärgert über den quasi nicht messbaren Stellenwert, den die Politik

hierzulande dem Souverän, dem Wähler, bei der Diskussion um die Auslandseinsätze der Bundeswehr zugemessen hat. Tatsächlich hatte der frühere Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) noch im Mai diesen Jahres den Spitzenkandidaten der SPD darin bestärkt, die Bundeswehr einschließlich der Auslandseinsätze und der Neuaufstellung aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das erfüllt aber nicht meinen Anspruch an die demokratische Behandlung solcher wichtiger Fragen in unserem Staat und auch nicht an eine Politik, die den historischen Erfahrungen Deutschlands gerecht werden soll. Aus meiner Sicht ist nicht nur das Für und Wider einzelner Einsätze sorgfältig abzuwägen. Sondern, wenn wir als Staat politisch gebildeter Bürger lernfähig sein wollen, muss die Politik auch vor jeder Wahl über Nutzen und Lasten der Einsätze Rechenschaft ablegen. Ebenso sollten die Parteien beziehungsweise die Regierung ein schlüssig abgeleitetes Konzept für den zukünftigen Einsatz auswärtiger Gewalt vorlegen – mit nachvollziehbaren Grenzen für eben jenes künftige Gewalthandeln. Begriffe wie „Krise“, „Konflikt“ und „Vorsorge“ mögen zwar das Mit-Entscheiden in den Bündnisgremien erleichtern; sie lassen aber den ersten, den aufgeklärtesten und für uns Bürger wichtigsten Abschnitt des deutschen Grundgesetzes de facto leerlaufen. *Karl Ulrich Voss, Burscheid*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.  
**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 20. Januar.**

**PERSONALIA**

**>Wolfgang Schollmeyer**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1972, SPD**  
Wolfgang Schollmeyer wird am 31. Dezember 80 Jahre alt. Der Berliner Rechtsanwalt und frühere Ministerialdirigent in der Bundestagsverwaltung trat 1962 der SPD bei. Im Bundestag gehörte Schollmeyer dem Rechtsausschuss sowie dem Haushaltsausschuss an.

**>Herbert Helmrich**  
**Bundestagsabgeordneter 1976-1992, CDU**  
Am 1. Januar vollendet Herbert Helmrich sein 80. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt und Notar aus Buchholz/Nordheide, CDU-Mitglied seit 1966, gehörte in allen fünf Wahlperioden dem Rechtsausschuss an und stand von 1984 bis 1992 an dessen Spitze. Helmrich, der danach in die Landespolitik Mecklenburg-Vorpommerns wechselte, gehörte dort von 1994 bis 2002 dem Landtag an und war von 1992 bis 1994 Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten. Von 1992 bis 2001 stand er an der Spitze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen.

**>Hermann Rind**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-1994, FDP**  
Am 5. Januar wird Hermann Rind 75 Jahre alt. Der Steuerberater aus Marktsteinaich im Kreis Schweinfurt schloss sich 1965 der FDP an, war von 1979 bis 1995 stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender und gehörte von 1986 bis 1990 dem Bundesvorstand seiner Partei an. Rind, der sich in beiden Wahlperioden im Finanzausschuss engagierte und 1994 dessen Vorsitzender wurde, war von 1997 bis 2010 Präsident der Thomas-Dehler-Stiftung.

**>Ursula Männle**  
**Bundestagsabgeordnete 1979-1980, 1983-1994, CSU**  
Ursula Männle begeht am 7. Januar ihren 70. Geburtstag. Die Politikwissenschaftlerin aus Tutzing im Kreis Starnberg trat 1964 der CSU bei, war von 1973 bis 1977 stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union und stand von 1981 bis 1991 an der Spitze der Frauen Union in Bayern. Dem Landesvorstand ihrer Partei gehörte sie seit 1973 und dem Präsidium von 1987 bis 2007 an. Männle, von 2000 bis 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags, amtierte von 1994 bis 1998 als Staatsministerin für Bundesangelegenheiten. Im Bundestag engagierte sich die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion zunächst im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit und arbeitete später im Haushaltsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit. Männle, die von 1990 bis 1994 Vorsitzende des Sonderausschusses „Schutz des ungeborenen Lebens“ war, ist auch mit zahlreichen Veröffentlichungen hervorgetreten.

**>Christian Friedrich Schultze**  
**Bundestagsabgeordneter 1990, SPD**  
Christian Friedrich Schultze wird am 9. Januar 70 Jahre alt. Der im sächsischen Pulsnitz lebende Justiziar und Publizist trat im Herbst 1989 dem Neuen Forum und im Oktober jenes Jahres der SPD bei. Von 1991 bis 1994 gehörte er dem sächsischen Landesvorstand seiner Partei an. 1990 wurde Schultze Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und gehörte danach bis Dezember dem Deutschen Bundestag an.

**>Norbert Geis**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CSU**  
Am 13. Januar vollendet Norbert Geis sein 75. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Aschaffenburg schloss sich 1967 der CSU an und amtierte von 1972 bis 2007 als Kreisvorsitzender seiner Partei. Seit 1972 ist er Mitglied des Kreistags von Aschaffenburg. Von 1981 bis 1986 gehörte Geis dem Bayerischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Aschaffenburg und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1990 bis 2002 arbeitete überwiegend im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit.

**>Ingeborg Tamm**  
**Bundestagsabgeordnete 1990, CDU**  
Am 17. Januar feiert Ingeborg Tamm ihren 75. Geburtstag. Die aus Hagenow im Kreis Ludwigslust-Parchim stammende Krankenschwester trat 1964 in der DDR der CDU bei und gehörte von 1975 bis 1995 dem Kreisvorstand Hagenow an. 1990 wurde Tamm Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und zog danach bis Dezember in den Deutschen Bundestag ein.

**>Ulrich Irmer**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-2002, FDP**  
Am 19. Januar wird Ulrich Irmer 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus München trat 1961 der FDP bei und gehörte viele Jahre dem bayerischen Landesvorstand sowie dem Bundesvorstand seiner Partei an. Irmer, von 1979 bis 1984 bereits Mitglied des Europäischen Parlaments, engagierte sich im Bundestag in allen vier Wahlperioden im Auswärtigen Ausschuss und war außenpolitischer Sprecher der seiner Bundestagsfraktion. Von 1987 bis 2002 war er zudem Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU. *bmh*